

VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

"Jüngste Gewerkschaftskongresse zeigten nun, daß in den Gewerkschaften ein frischer Wind weht."
 Diese Feststellung traf, ganz zurecht, die "Frankfurter Rundschau" in einem Leitartikel am 14. Oktober. In der Tat haben die vier Gewerkschaftskongresse der letzten Wochen (IG Metall, Holz und Kunststoff, Postgewerkschaft sowie Druck und Papier) deutlich gemacht, daß die alten Zeiten von Aufschwung und Sozialpartnerschaft endgültig vorüber sind. Vor dem Hintergrund eines seit Jahren angegriffenen Lebensstandards, der Dauerarbeitslosigkeit und Versuchen der Unternehmer, alle in den letzten 30 Jahren erzielten Errungenschaften den Arbeitern wieder wegzunehmen, sind viele organisierte Arbeiter und Angestellte wach und aktiver geworden.
 "Dieses Selbstbewußtsein, aus dem die Kraft geschöpft wird, gerade angesichts der ständigen Arbeitsplatzunsicherheit nicht vor dem Druck der Verhältnisse zu resignieren, kommt nicht von ungefähr" (Frankfurter Rundschau).
 Als vor 3 Jahren die Arbeitslosigkeit zum erstenmal auf eine Million anstieg und längst fällige Reformen von der Tagesordnung gestrichen wurden, hat man uns einzureden versucht, daß es bald wieder besser wird. Inzwischen müssen wir jedoch erkennen, daß man uns betrogen hat. Und so macht sich bei immer mehr Kollegen die Erkenntnis breit, daß wir in diesem kapitalistischen System nur etwas erreichen können, wenn wir aktiv dafür kämpfen und unsere Gewerkschaften wieder auf Vordermann bringen.

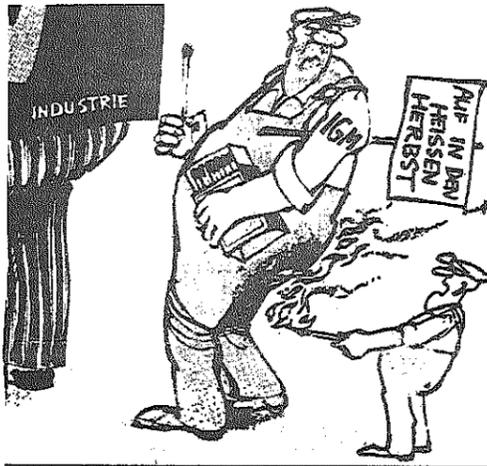
35-STUNDEN-WOCHE

Am stärksten beachtet wurde von der bürgerlichen Öffentlichkeit und von den aktiven Kollegen der Beschluß des IG-Metall-Kongresses, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu einem Ziel der Tarifpolitik zu machen. Diese

Aus den Betrieben —

FRISCHER WIND

BLÄST IN DIE GEWERKSCHAFTEN



Hamburger Morgenpost

Forderung war auf einer Betriebsversammlung bei Opel in Rüsselsheim von über 8 000 Kollegen beschlossen und von mindestens 20 weiteren Antragsstellern eingebracht worden. Sie wurde auf dem Kongreß gegen den Rat des Gewerkschaftsvorstandes beschlossen. Die

Deutsche Postgewerkschaft hatte die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bereits vor 3 Jahren in ihr Aktionsprogramm geschrieben, und derselbe Antrag lag auch auf dem Kongreß der Gewerkschaft Druck und Papier vor.

KONZERTIERTE AKTION

Nach der Verfassungsklage der Unternehmensverbände gegen das Mitbestimmungsgesetz hatten die Vertreter des Gewerkschaftsbundes ihre Teilnahme an der Konzertierte Aktion vorläufig abgelehnt. Vielen Gewerkschaftern ist dies aber nicht konsequent genug: Sie fordern einen endgültigen und dauerhaften Austritt des DGB aus der Konzertierte Aktion. Diese Forderung hat auch der Vorsitzende der IG Druck, Mahlein, deutlich unterstrichen. Auch die Gewerkschaft Holz und Kunststoff wird, wie schon 1973 beschlossen, auch weiterhin nicht an der Konzertierte Aktion teilnehmen. "Dort sollen die Gewerkschaften nur auf Lohnleitlinien festgelegt

werden", sagte ihr ausscheidender Vorsitzender Gerhard Vater.

RATIONALISIERUNG

Arbeiter und Angestellte aller Branchen müssen fürchten, durch die immer weiter fortschreitende Rationalisierung ihre Arbeitsplätze zu verlieren. Ganze Berufszweige wie Schriftsetzer, technische Zeichner und Drucker sind vom Verschwinden bedroht. Unter dem Druck des privaten Kapitals stehen nun auch die Kollegen von der Post; Ebenso wie die Beschäftigten in der Industrie werden durch Rationalisierungen Arbeitsplätze vernichtet: 1976 gab es dort 27.850 Bedienstete weniger als 1973, und das obwohl der Verkehrsumfang in diesem Zeitraum um 12% gestiegen ist. So mußte Postminister Gscheidle auch harte Worte der Delegierten über diesen Arbeitsplatzabbau und die Angriffe auf Sozialleistungen anhören.

GEMEINEIGENTUM

Wer in den verschiedenen Gewerkschaftssatzungen aufmerksam blättert, der wird auf die uralte Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum stoßen. Bisher jedoch wurde diese Forderung nur hin und wieder bei besonderen Anlässen hervorgegraben. In den letzten Monaten gab es

PARTEITAG '77

LANDTAGSWAHLEN '78

SPD

VOR DER WAHL

Im nächsten Jahr werden in den Bundesländern Hamburg, Niedersachsen, Hesse und Bayern Landtagswahlen durchgeführt. Aller Voraussicht nach drohen der SPD weitere Mißerfolge oder gar schwere Rückschläge - wenn die Führung unserer Partei in Bund und Ländern nicht ihren politischen Kurs entscheidend verändert.

Seit 1972, als die SPD auf der Grundlage eines umfangreichen Reformprogramms zur stärksten Partei im Bundestag wurde, ist ihre Entwicklung durch eine ganze Kette enttäuschender Wahlergebnisse gekennzeichnet: in den Landtagswahlen der Jahre 74 und 75 gab es teilweise katastrophale Niederlagen, wie etwa in Hamburg, wo die Partei um 10 Prozentpunkte zurückfiel und die sonst immer ungefährdete absolute Mehrheit verlor. In praktisch allen Bundesländern gingen Hunderttausende von Stimmen verloren - als Ergebnis konnte die CDU/CSU ihre Mehrheit im Bundesrat ausbauen und damit die ohnehin schon spärlichen Reste von Reformen der Regierung blockieren.



1976 konnte die Koalition bei der Bundestagswahl nur einen hauchdünnen Sieg davontragen, der jedoch mehr auf die Furcht in weiten Teilen der Bevölkerung vor Strauß, Dregger und Co. zurückzuführen war als auf Zufriedenheit mit der Regierungspolitik.

Fortsetzung Seite 3

Erfolg für Bayer-Lehrlinge

Als die Lehrlinge der Bayer AG Leverkusen, die im dritten Lehrjahr zum Chemielaborant ausgebildet werden, nach den letzten Sommerferien wieder in die firmeneigene Berufsschule gingen, erwartete sie eine böse Überraschung:

Durch den Wegfall des Sportunterrichts hatten sie nur noch neun Schulstunden, und die wurden von der Schulleitung so festgelegt, daß sie jeweils zwei Vormittage fielen. So hatte die Bayer AG das neue Jugendarbeitsschutzgesetz umgangen und die AZUBIS (Auszubildenden) mußten nachmittags arbeiten gehen. Uns war allen klar, daß wir uns das nicht bieten lassen konnten. In Zusammenarbeit mit der Schülervertretung (drei der sechs Schulsprecher waren davon betroffen) entwarf man ein Plakat, das ans schwarze Brett gehängt wurde. In allen fünf Klassen wurde außerdem beschlossen, Zusatzunterricht und einen freien Nachmittag zu fordern. Außerdem ging man geschlossen (alle 150 Auszubildenden) zur Schulleitung und zur Werksleitung und forderte eine Aussprache. Die fand dann auch statt, und die zuständigen Leute versprachen - etwas erschreckt durch das geschlossene Auftreten - etwas zu ändern. Nach einigen Gesprächen mit den Vertretern der Betroffenen gab die Werksleitung dann klein bei. Auf einer Versammlung der Azubis, bei der alle anwesend waren, gab der Vertreter der Werksleitung bekannt, daß ab sofort an einem

Nachmittag um 12 Uhr 15 Feierabend ist und man nach Hause gehen könnte. Weiterhin wird man ab Januar den geforderten Zusatzunterricht bekommen! Dies ist ein Beispiel dafür, was man erreichen kann, wenn man geschlossen auftritt und von richtigen Leuten, nämlich Sozialisten, vertreten wird.

KLAUS LINKE, AUSZUBILDENDER BEI BAYER-LEVERKUSEN UND SCHÜLERSPRECHER AN DER WERKSBERUFSSCHULE

ARTIKEL ÜBER

Terrorismus und Gesetze	5.2
Jusos	5.3
Spanien	5.3 + 5.6
Russische Revolution	5.4 + 5.5
Kapp-Putsch	5.5
-Augenzeugenbericht	5.5
ÖIV	5.7
Desleute international	5.7

VORAN

VORAN! zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung für
SF, Juso und Gewerkschaft
Erscheint seit Dezember 1973

Druck: Gegendruck Essen

Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Kontonummer: Postscheckamt Essen,
H.G. Öfinger, 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Öfinger

EXTREMISTEN

"Gefahr droht unserer freiheitlichen Grundordnung einmal von den Terroristen, die mit verbrecherischen Mitteln gegen den Rechtsstaat kämpfen. Auf der anderen Seite sind wir aber auch mit extremistischen Gruppen konfrontiert, die nicht mit verbrecherischen Mitteln, sondern mit Methoden der ideologischen Kampfführung gegen unsere freiheitliche Ordnung gehen." (Professor Carstens, CDU, BILD vom 12.10.77)

Diese Worte von Carstens lassen klar erkennen, daß für ihn Terroristen und konsequente Sozialisten und Gegner des kapitalistischen Systems ein und dasselbe sind. Dies ist ein großer Skandal, eine riesige Sauerei! Die Aktionen der Terroristen (die wir entschieden ablehnen) sind für Carstens und seine Gesinnungsfreunde wohl nur ein Vorwand. Sie wollen der breiten Masse weismachen, daß beispielsweise Marxisten Sympathisanten des Terrorismus wären. So soll die Bevölkerung gegen alle von ihrer Sache überzeugten Klassenkämpfer aufgehetzt werden.

Aber so freiheitlich, wie diese Ordnung immer dargestellt wird, ist sie für die Arbeiterklasse gar nicht. Es gibt dafür viele Beispiele. Es ist ja wohl allgemein bekannt, daß schon Streikposten verhaftet worden sind. Und vor der Demonstration in Kalkar wurde ein Personenzug auf freiem Feld von der Bahnpolizei angehalten, die Fahrgäste wie Schwerverbrecher behandelt und gezwungen, zu Fuß weiter zu gehen, obwohl sie alle ihr Fahrgeld bezahlt hatten. Weiter sagte Carstens in BILD:

"Die ganz große Mehrheit ist unzweifelhaft zur Verteidigung unserer freiheitlichen Ordnung bereit." Die Wahlen vom Oktober 1976 hätten gezeigt, wie groß das Vertrauen der breiten Massen zu diesem Staat sei.

Im Oktober 1976 hofften noch viele Arbeiter auf eine Senkung der Arbeitslosenzahlen, auf längst überfällige dringende Reformen und einen allem innen Wirtschaftsaufschwung. In diesen Hoffnungen sind wir aber bitter enttäuscht worden.

Seit einigen Jahren ist der Lebensstandard der arbeitenden Klasse schleichend zurückgegangen, nur weil die Ausbeuter mit aller Gewalt daran interessiert sind, ihre Profiteure aufrecht zu erhalten. Innerhalb dieser kapitalistischen "Ordnung" wird die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren ein Dauerproblem bleiben, das sich immer schärfer stellt.

Der Lebensstandard der breiten Masse wird weiter sinken. So werden viele Kollegen, die vielleicht jetzt immer noch warten und hoffen, daß es bald wieder bergauf geht, spüren, daß dieses System unheilbar krank ist. Sie werden, wenn man ihnen immer mehr von ihrem Lebensstandard wegnimmt, eines Tages aufstehen und sagen: "Jetzt ist das Maß voll, Schluß damit!" Sie werden auch, wenn sie um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, merken, daß der Staat auf der Seite der Bosse steht und daraus ihre Konsequenzen ziehen.

Und dies wissen im Grunde auch die Interessenvertreter des Kapitals wie Carstens. Weil sie wissen, daß früher oder später eine breite Masse zu "Extremisten" werden wird, wollen sie jetzt die aktiven Klassenkämpfer als Buhmänner abstempeln.

Sie werden damit aber Schiffbruch erleiden.

Wenn erst die breite Masse der Arbeiter auf internationaler Ebene in Bewegung kommt und dabei tatkräftig von den Sozialisten und Marxisten unterstützt wird, wird das Sterbeglöckchen des Kapitalismus läuten. Leute wie Carstens mögen ihm vielleicht nachtrauern.

"Meine Damen und Herren, daß auch ein Unschuldiger verhaftet werden kann, ist doch nicht nur eine theoretische Möglichkeit, das wissen wir doch alle. Dieser Unschuldige kann über einen längeren Zeitraum ohne Kontakt im Gefängnis sitzen, denn das Gesetz kennt ja keine feste zeitliche Begrenzung."

Diese Feststellung traf der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik vor dem Bundestag, als Ende September in aller Hast durch das Parlament durchgeboxt wurde, was unter dem Namen "Kontakt sperrengesetz" bekannt geworden ist.

Manfred Coppik war einer der wenigen SPD-Bundestagsabgeordneten, die es offen wagten, sich Herbert Wehners "Fraktionszwang" zu entziehen und gegen das Gesetz zu stimmen. Die Einwände und Befürchtungen des Genossen Coppik sind mehr als berechtigt. Bereits in der letzten Ausgabe von VORAN haben wir in einem längerem Artikel (Marxisten gegen Terrorismus) gesagt: "Unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung wird der Staatsapparat abgebaut, werden neue, schärfere Gesetze verabschiedet, die später gegen die breite Arbeiterbewegung selbst eingesetzt werden sollen".

So hat denn auch die Regierung gemeinsam mit der CDU/CSU im Bundestag prompt gehandelt. Nach dem neuen Gesetz sollen einsitzende Terroristen streng überwacht werden und kann ihnen jegliche Möglichkeit zum Kontakt zu Mitgefangenen, Verteidigern und Besuchern gestrichen werden. Die Regierung kann anordnen, daß einsitzende Gefangene total isoliert werden, wenn auch nur Verdacht besteht, daß von einer terroristischen Vereinigung eine "gegenwärtige Gefahr für Leben Leib oder Freiheit einer Person" ausgeht. Die Regierung hat es mehr als eilig. Das Gesetz wurde in weniger als einer Woche zusammengeschustert und durchgepeitscht, auf Teufel komm raus. Die Entführung von Schleyer und die dadurch erzeugte Stimmung erscheint offensichtlich günstig dazu, Gesetze wie dieses durchzuboxen. Was auf den ersten

KONTAKTSPERRENGESETZ:

NUR FÜR TERRORISTEN ?

Blick wie eine vorbeugende Maßnahme gegen verrückte Terroristen erscheint, wird später zu einem Werkzeug, das das Kapital anwenden kann, um die Arbeiterbewegung einzuschüchtern und zu bekämpfen.

Einen Vorgeschmack darauf erlebten in den letzten Wochen zahlreiche Arbeiter, als sie auf offener Straße plötzlich von Polizeieinheiten mit Maschinenpistolen angehalten, genau auf Waffen durchsucht und buchstäblich wie Schwerverbrecher behandelt wurden. Manchen wird dies alles kalt lassen, aber Manfred Coppik hat in seiner Rede auch all diejenigen angesprochen, die noch gleichgültig sind:

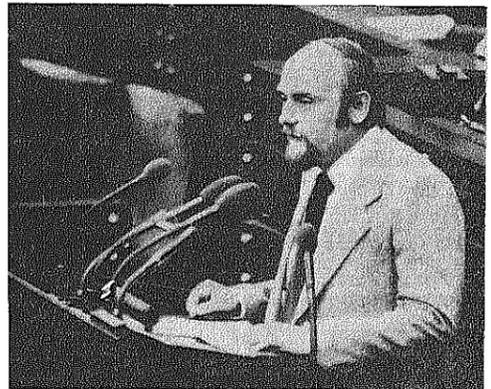
"Und wer da auch noch sagt: 'Was geht mich das an?' Ich habe nichts mit Terroristen zu tun.' dem muß deutlich gesagt werden, daß nach dem neuen Gesetz niemand, und sei er noch so unschuldig, davor sicher sein kann, etwa aufgrund einer Denunziation verhaftet zu werden und für Wochen und Monate ohne jeden Kontakt zu einem Rechtsanwalt oder auch nur zu seinen Familienangehörigen in einem Gefängnis zu verschwinden. Ich halte das unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten für unerträglich."

In England kramte die konservative Regierung 1972 ein altes "Gesetz gegen die Verschwörung" aus dem Jahre 1875 hervor, um zwei Bauarbeiter verhaften zu lassen, die beim Streik der Bauarbeiter um einen angemessenen Lohn als Streikposten eingesetzt waren. In Nordirland ist die britische Armee nicht zum Schutz der Bevölkerung vor Terroristen eingesetzt sondern in erster Linie zur Einschüchterung "aufässiger" Arbeiter. Und schon plant Justizminister Vogel (laut Spiegel vom 3.10.77) weitere Gesetze:

- Künftig sollen "Terroristen" auf entsprechende Androhung hin nach ihrer Strafverbüßung in Sicherheitsverwahrung gehalten werden können.
- Bei Verkehrskontrollen soll es der Polizei möglich sein, unmittelbar Fingerabdrücke abzunehmen.

- In Hotels müssen Ausweise streng kontrolliert werden.
- Demonstranten, die Angst vor Berufsverbot haben und ihre Gesichter deshalb unkenntlich zu machen versuchen, soll künftig verboten sein. Masken und Gesichtstücher aufzusetzen.

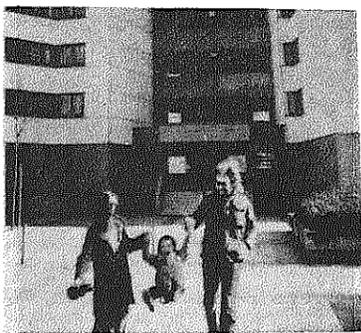
"Nein zu Terror und Gewalt und nein zum Abbau der Freiheitsrechte und des Rechtsstaats" - rief Manfred Coppik in seiner Rede aus. Das Echo aus den verschiedenen Gliederungen der Partei zeigte, daß er nicht alleine steht.



Alle Sozialisten müssen den Kampf der linken SPD-Abgeordneten gegen den Abbau der durch die Arbeiterbewegung erkämpften Rechte und Freiheiten energisch unterstützen. Denn das Kapital hat alle demokratischen Rechte immer nur solange geduldet, wie sie nicht seinen Bestand bedrohen. Sobald aber die Arbeiterbewegung darangeht, das Kapital selbst anzugreifen, sind die Herren Unternehmer nicht zimperlich. Sie haben ja schließlich auch Hitler an die Macht gebracht! Ein erfolgreicher Kampf gegen den Abbau von Freiheitsrechten ist deswegen nicht zu trennen vom Kampf gegen das kapitalistische System und für eine echte sozialistische Demokratie.

WOHNUNGSNOT

In den nächsten Jahren droht uns eine Wohnungsnot. Zu dieser Schlußfolgerung kam der Mieterbund in einer Untersuchung. Seit Jahren nimmt die Zahl der jährlich fertiggestellten Wohnungen ab. Im vergangenen Jahr 1976 war der Wohnungsbau auf dem tiefsten Stand seit Kriegsende angelangt!



Noch im Jahr 1973 wurden 674 000 neue Wohnungen fertiggestellt. 1974 war es schon nur 568 000, 1975 gar nur knapp über 400 000! 1976 schließlich lag die Zahl bei nur 361 000! Dieser Rückgang setzte sich auch im ersten Vierteljahr 1977 fort: in diesem Zeitraum wurden 12,2 % weniger neue Wohnungen errichtet als im gleichen Vorjahresabschnitt. Nach Schätzungen der Neuen Heimat soll im nächsten Jahr der Wohnungsbau auf 320 000 bis 350 000 neue Wohnungen zurückgehen. Allein für Nordrhein Westfalen wird ein weiterer Rückgang von 97 000 (im Jahre 1976) auf 80 000 bis 87 000 erwartet.

Wenn sich daran nicht schleunigst etwas ändert, steht uns eine katastrophale Situation bevor. Gerade in den nächsten Jahren werden aus den geburtenstarken Jahrgängen der 50er Jahre viele neue Familien hervorgehen und daher viele neue Wohnungen gebraucht werden. Selbst nach Schätzungen des Wohnungsbauministeriums werden bis 1982 jährlich 550 000 neue Wohnungen gebaut werden müssen, um den Bedarf zu decken. Ganz abgesehen davon ist es doch bereits heute so, daß eine Million Menschen in der Bundesrepublik Obdachlos sind, daß weitere Millionen in menschenunwürdigen Behausungen wohnen müssen, ohne eigenes Bad oder eigene Toilette. Wieviele alte Häuser müßten nicht saniert oder vielleicht sogar ganz abgerissen werden?

Andererseits sehen wir in allen Großstädten riesige Blocks mit leerstehenden Wohnungen zu unerschwinglichen Preisen, häßliche Büroblocks, und so gut wie nie genutzte Zweit- und Drittwohnungen reicher Leute und halbleer stehende Luxushotels. Spekulationsruin verhandeln das Bild der Städte.

Wie ein unverständlicher Wahnsinn muß es jedem vorkommen, wenn man sich einmal die folgende Tatsache durch den Kopf gehen läßt: Das Bedürfnis nach neuen und guten Wohnungen ist vorhanden. Arbeitslose Bauarbeiter gibt es ebenfalls mehr als genug. An Baumaterial würde es ebenfalls nicht mangeln. Aber woran mangelt es dann? Warum kann man nicht für jeden Menschen eine anständige und billige Wohnung bereitstellen? Das Wohnungswesen und der Wohnungsbau sind - wie alles in dieser Gesellschaft - dem privaten Profitstreben untergeordnet. Wenn ein Kapitaleigner sich überlegt, ob er sein Kapital im Wohnungsbau anlegen soll, dann fragt er sich doch, wie er sein investiertes Kapital zu möglichst hoher Verzinsung möglichst bald wieder reinholen kann.

Und wenn anderswo mehr Profit rauszuschlagen ist, dann investiert er wohl klugerweise dort. 300 000 Wohnungen stehen leer - weil sie am Bedarf vorbei gebaut wurden und vor allem für diejenigen, die den Wohnraum dringend brauchen, unerschwinglich sind.

Wie der Mieterbund feststellte, haben es die Investoren angesichts dieser Tatsache vorgezogen, in andere Kapitalanlagen auszuweichen. Dies alles sind die Gründe für die sich abzeichnende Wohnungskatastrophe, obwohl die Mittel zu ihrer Beseitigung vorhanden wären. Wir können es nicht zulassen, daß der Skandal von leerstehenden Luxuswohnungen, unerschwinglichen Mieten, verfallenden Wohnhäusern und unmenschlichen Quartieren noch größer wird. Wir müssen uns wehren! Ein ausreichender und angemessener Wohnraum - dies ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen. Aber sollen wir vielleicht darauf Lust verspüren, mehr im Wohnungsneubau zu investieren? Nein - das Wohnen darf nicht weiter dem privaten Gewinnstreben der Grund und Hausbesitzer, Banken, Baufirmen und Makler untergeordnet werden. Wenn jeder wirklich ein halbwegs anständiges und preiswertes Dach über dem Kopf haben will, dann

SCHLEYER

Die Ermordung Schleyers hat tage- und wochenlang in den Zeitungen nachgehallt. Seitenlange Todesanzeigen in den großen Zeitungen von Banken, Großkonzernen, Unternehmerverbänden und dem Wirtschaftsrat der CDU haben gezeigt, was für ein führender Kopf Hans-Martin Schleyer für das Kapital war. Die Bosse haben einen ihrer fähigsten Führer verloren, und damit auch Grund zum Trauern. Schleyer wurde ermordet, aber das kapitalistische System, das er nach außen hin vertritt und mitführt, ist dadurch nicht geschwächt worden. Im Gegenteil: Hunderte wurden in den ersten Tagen nach der Ermordung als verdächtig vorübergehend festgenommen. Hunderttausende mußten Fahrzeugkontrollen und lange Wartezeiten über sich ergehen lassen, die Reaktion nutzte die Empörung über die Terroristen aus, um Stimmung gegen alle Gegner des Kapitalismus zu schüren. In Bonn machte das Wort von einer inoffiziellen Notstand-Koalition aller Parteien die Runde, DGB-Vorsitzender Vetter meinte, daß alle "zusammenstehen sollen". Also gibt es plötzlich in der BRD nicht mehr den Gegensatz zwischen den Klassen, sondern den zwischen 60 Millionen Bürgern und einigen Terroristen und Sympathisanten? Sollten wir mit unseren Bossen jetzt erst recht eng zusammenstehen und alles vergessen? Aus den vielen Nachrufen konnte man den Eindruck gewinnen, daß Schleyers Leben erst Anfang der fünfziger Jahre anfang, als er schon über 35 war. Seine braune Vergangenheit - nein, die gibt's hier nicht! Die Strategie des individuellen Terrorismus, die Marxisten entschieden ablehnen, ist zum Scheitern verurteilt. Nicht die isolierten Schüsse verzweifelter Bürgerkinder auf Bosse und Polizisten, sondern nur das bewusste Handeln der breiten Masse wird das kapitalistische System entgültig abschaffen können. Köpfe wie Schleyer sind zu ersetzen. Isolierte Terroristen können von der Staatsgewalt zur Strecke gebracht werden. Nicht aber Millionen von Arbeitern, die entschlossen handeln.

werden wir nicht umhin kommen, mit dem Diktat von Mietwucher, Spekulation, Zinss und Maklerprovision Schluß zu machen. Das Wohnungswesen muß endgültig der Profitsucht der großen Unternehmungen, Spekulanten und Wucherer entrissen, verstaatlicht und demokratisch durch Mieter, Gewerkschaften und Regierung kontrolliert werden!

SPD VOR DER WAHL
Fortsetzung...

1977 schließlich mußten wir bei der hessischen Kommunalwahl erdrutschartige Siege der CDU in den Großstädten erleben, die traditionell Hochburgen der SPD sind. An ernststen Warnschüssen für die Parteiführung hat es also bestimmt nicht gemangelt. Aber hat man in Bonn die Lehren gezogen?

Wahlenthaltung

Bei nüchterer Analyse sämtlicher Wahlergebnisse der letzten Jahre stellt sich heraus, daß die Unionsparteien zwar durchaus einige Stimmen hinzugewonnen haben, daß jedoch die große prozentmäßige Verschiebung in den Ergebnissen darauf zurückzuführen ist, daß viele Stammwähler der SPD aus Enttäuschung einfach zuhause geblieben sind, sich der Stimme enthalten haben. Genau an dieser Stelle muß der Hebel ange-setzt werden! Denn warum entziehen viele "kleine Leute" ihrer Partei derzeit die Unterstützung? Weil die SPD, die mit Reformver-sprechen noch 1972 die Massen mobilisierte, über die Zwischenphase des Reformverzichts geradewegs auf eine Politik des Reformabbaus zugesteuert ist. Drastische Beispiele der letzten Zeit waren die Anhebung der Mehrwertsteuer, die vor allem die Kleinverdiener belastet, bei gleichzeitiger Senkung der Ver-mögenssteuer für die Reichen - und natürlich die "Rentenaffäre".

Reformabbau

Preissteigerungen, bedrohter Lebensstandard einerseits, Milliardengeschenke an die Her-ren Unternehmer andererseits - all dies ist nicht gerade dazu angetan, beim "kleinen Mann" Begeisterung für die SPD zu wecken. Solange die SPD die Grundlagen der kapitalis-tischen Wirtschaftsordnung in keiner Weise in Frage stellt, solange sie sich nicht entschlos-sen deren Beseitigung zur Aufgabe macht - so-lange wird sie auch von der Bevölkerung als Regierungspartei für die Auswirkungen dieses Systems (Krisenfolgen) verantwortlich ge-macht, solange wird die SPD auch in den Zwangsläufigkeiten des Kapitalismus gefangen bleiben, d. h. sie wird gezwungen sein, ihre derzeitige Politik der Krisenbewältigung auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung fort-zusetzen.

Beispiel Hamburg

Ein Beispiel hierfür ist Hamburg - eine der sichersten Hochburgen der SPD. 1974 verlor die SPD bei den Bürgerschaftswahlen 10% : Zigtausend Arbeiter, Rentner und Jugendliche blieben lieber zuhause, als der Hamburger Partei ihre Stimme zu geben (die Parteifüh-

rung der SPD zum rechten Flügel der Bundes-partei zu rechnen, "linke Spinner" können also kaum zum Sündenbock für die Wahlschlappe gemacht werden). Sparbeschlüsse bestimmten das Bild in allen Bereichen: von der Beschränkung der Lehr-mittelfreiheit an den Schulen über die Tariferhöhungen im Öffentlichen Dienst bis hin zur Schließung ganzer Krankenhäuser. Auf der anderen Seite wurden der Industrie reihenwei-se Millionengeschenke gemacht, um sie zur Ansiedlung neuer Unternehmen im Hamburger Raum zu veranlassen.



Trotz aller Subventionen an die Industriebos-se - die Gesetze des Kapitalismus lassen sich nicht durch derartige Maßnahmen außer Kraft setzen: allein in der Metallindustrie, dem Rückgrat der Hamburger Wirtschaft, wurden in den letzten sechs Jahren 12% der Arbeits-plätze vernichtet. Irgendwelche Erfolge wären auf der Basis ei-ner solchen verkehrten Politik nicht zu erzie-len. Und jetzt, da die nächste Bürgerschafts-wahl naht, heißt das Rezept: stillschweigend über die Tatsache hinweggehen, daß kaum eines der vor einigen Jahre angekündigten Reform-projekte verwirklicht wurde. In dem kürzlich vom Landesverband beschlossenen Grundkon-zept für die Wahl '78 wird bezeichnenderweise diesmal auf Reformankündigungen fast ganz verzichtet - man müsse der "Versuchung wider stehen, allen alles oder jedem etwas zu ver-sprechen." Statt auf die Erläuterung konkre-ter Zielvorstellungen und Programmpunkte soll die Partei diesmal auf einen stark perso-nenbezogenen Wahlkampf eingeschworen wer-den (Motto: "Der Bürgermeister steht im Vor-dergrund"!!).

Ob in Hamburg den anderen Bundesländern oder - am wichtigsten - im Bund: die SPD steht jetzt am Scheideweg! Entweder dient sie

der breiten Masse der Arbeiter wie der über-großen Mehrheit der Bevölkerung, oder aber sie dient der kleinen Minderheit von Industrie- und Finanzkapitalisten. In der tiefgreifenden Krise, in der sich der Kapitalismus weltweit befindet, hat es sich längst als utopisch erwie-sen, für beide Seiten gleichzeitig Politik machen zu wollen. Wenn sich die SPD weiter-hindie Politik des Kapitals aufzwingen läßt und diese dann auch noch als die bestmögliche zu verkaufen sucht, dann drohen uns bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr weitere ka-tastrophale Niederlagen - verbunden mit einer breiten Demoralisierung sowie Austritten ver-ärgerter Parteimitglieder. Damit wäre gleich-zeitig der Weg frei für eine offen reaktionäre CDU-geführte Regierung. Es ist also gerade die von der SPD-Führung praktizierte rechte Politik der Anpassung an die Wünsche der In-dustrie, die Politik der Kürzungen und der Opfer für die Bevölkerung, die zum Wegbereiter einer neuen CDU/CSU-Regierung wird. Es gibt nur eine Alternative, die im Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung annehm-bar ist: Die SPD muß klarmachen, daß sie nicht mehr beriet ist, sich vom Kapital erpres-sen zu lassen und auch nur einen Abstrich zu machen von den alten Reformzielen und -for-derungen. Sie muß die Arbeiterbewegung für die Erkämpfung aller notwendigen Reformen mobilisieren und darf keinen Zweifel daran lassen, daß die Verwirklichung dieser Reformen nur auf der Grundlage eines sozialisti-schen Programms möglich ist: durch die Über-führung der Großkonzerne, Banken und Versi-cherungen in Gemeineigentum sowie die Er-richtung einer demokratisch kontrollierten Planwirtschaft.

Scheideweg

Die Mobilisierung der Arbeiterbewegung für ein solches Programm - wenn es nur umfas-send erklärt und offensiv vertreten wird - ist keine Illusion. Entscheidend ist in den Augen der Arbeiter doch lediglich, ob es eine befriedigende Lösung ihrer drängenden Probleme liefern kann. Nicht - wie so oft unterstellt - die Furcht vor Verstaatlichung, Enteignung und Sozialismus hat den Ausschlag für die schwe-ren SPD - Wahlschlägen der letzten Jahre ge-geben, sondern die Angst vor Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, das Fehlen eines glaubwür-digen Konzepts von Seiten der SPD und der Bundesregierung. Diese Erkenntnis muß sich auf dem Bundestag im November durch-setzen! Nur dann können die notwendigen Schritte eingeleitet werden, um weitere Rück-schläge bei den bevorstehenden Landtagswahl-ten zu verhindern. Es ist höchste Zeit!

Joachim Heuck
Juso-AG Hamburg - Winterhude

Die Jugendarbeitslosigkeit, Lohnverzichtsappelle des Wirtschaftsministers Lambsdorf und das Steuerpaket mit seinen unternehmerfreundlichen Gesetzen einerseits und die aufkommen-de Kritik der Gewerkschafter an ihren Spitzen-funktionären (siehe letzten IG Metall Gewerk-schaftstag in Düsseldorf) andererseits bieten den Jusos eine günstige Gelegenheit. Sie kön-nen den Arbeitslosen, den Arbeitern und den unzufriedenen Gewerkschaftern unsere Pers-pektiven, unseren Weg aus dem kapitalistischen Chaos aufzeigen. Doch welche Antworten gibt man den Arbeitern?

"Die Funktion als sozialistische Antriebs-kraft in der SPD realisiert sich dadurch, daß die Jusos auf allen Ebenen, vor allem auf Bundesebene, weiterhin auch sozialde-mokratisch verantwortete Regierungspoli-tik öffentlich kritisieren, wenn sie in Wi-derspruch zu sozialistischen Grundsätzen gerät."

Wann war je die Politik der SPD/FDP-Regie-rung sozialistisch? Sie war immer bestrebt, die krassen Auswüchse dieses Systems zu be-seitigen, ohne jedoch dieses System selbst je-mals in Frage zu stellen!

Eine Politik, die auf diesen Grundsätzen auf-gebaut ist, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Nur Forderungen wie die folgenden können uns weiterbringen:

- In der SPD ein sozialistisches, marxisti-sches Programm durchsetzen durch eine absolute SPD-Mehrheit.
- Keinerlei Bündnisse oder Koalitionen mit bürgerlichen Parteien.
- Reformen ja, Reformismus nein.
- gezielte Kontaktarbeit und Einladung von Jungarbeitern, Jugendvertretern, Arbeitern und Betriebsräten zu Juso-Sitzungen statt Neuwahl von Gewerkschaftsfunktionären in Juso-Vorstände.
- Jungsozialisten sollten nicht vereinzelt die Politik kritisieren, wenn sozialistische Grundsätze aufgegeben werden, sondern mit Jungarbeitern eine schlüssige sozialis-tische Alternative zur Regierungspolitik erarbeiten.

Spanischer Juso-Kongreß

Ende September fand der 13. Kongreß der spa-nischen Jungsozialisten statt. In einer Situati-on von Massenarbeitslosigkeit, wirtschaftli-cher Krise, politischem Chaos war dieser Kon-greß eher eine Widerspiegelung der gesell-schaftlichen Zustände als ein Ausweg aus der Krise. Schon zwei war der Kongreß verschob-en worden und schließlich mitten in der Wo-che angesetzt, wo selbstverständlich kaum noch Arbeiter hinkommen konnten. Obwohl die spanischen Jusos (JJSS) knapp bei Geld sind, wurde für die Tage ein Gebäude ge-mietet, das 120 000 DM kostete. Den Dele-gierten, die jahrelang spendeten, um ihre Org-anisation aufzubauen, muß dies als glatte Schande vorgekommen sein. Dann sollte der Kongreß schon nach dem ersten Tag von der Polizei abgebrochen werden, weil einige Dele-gierte die republikanische Fahne aufgehängt hatten. Diese Fahne ist im "demokratischen" Spanien noch illegal! Es gibt kaum ein besse-res Urteil über die "Demokratisierung" in Spanien.

Doch auch der Vorstand machte eine volle un-offene Diskussion unmöglich. Er ließ den Kongreßsaal verschließen, damit es selbst Besuchern unmöglich gemacht wur-de, den Saal zu verlassen! Was war denn da draußen so gefährlich? Es waren aus den JJSS ausgeschlossene Genossen, die der JJSS Führung wegen ihrer politischen Ideen nicht in den Kram paßten. Denn es gab vor einiger Zeit eine bürokratische Ausschlusswelle - auch der auf dem Lissaboner Kongreß 1975 demo-kratisch gewählte Vorstand wurde durch eine von der Parteiführung eingesetzte Führungs-mannschaft ersetzt. Die Bezirksverbände von Alava und Navarra wurden glattweg aufgelöst ohne ein einziges handfestes politisches Argu-ment.

Es war aber gerade das Verhalten der Führung das viele Delegierte erst recht dazu ermutig-te, mit den ausgeschlossenen Genossen auf der Straße zu diskutieren. Innerhalb des Kon-gresses gab es eine Abstimmung darüber, ob die Ausgeschlossenen das Recht erhalten sol-len, auf dem Kongreß zu reden, 20 Bezirke waren dafür, 13 dagegen. Da aber der Vor-stand plötzlich willkürlich den Delegierten - schlüssel änderte, wogen schließlich die 13 Stimmen der 13 Bezirke mehr als die der 20. Die Demoralisierung der Delegierten war oh-nahin ziemlich weit fortgeschritten - am En-de des zweiten Tages wollten schon die Hälfte der 46 vertretenen Bezirke aufgeben, und nur die Drohungen mit Ausschluss und Auflösung von Felipe Gonzalez persönlich machten es möglich, daß der Kongreß überhaupt weitergin Nachdem jedoch diese Entscheidung zuungun-sten der ausgeschlossenen Genossen gefällt wurde, entschieden sich 23 Bezirke gegen eine weitere Teilnahme am Kongreß. Danach wur-de der neue Vorstand mit der Mehrheit der Hälfte der Bezirke wiedergewählt.

Eine wahre Schande war die Einstellung des Vorstands zum Gast von der britischen Schwesterorganisation, der LPYS (Labour Party Young Socialists). Seit Jahren machen die LPYS eine ernsthafte Kampagne der Soli-darität mit den JJSS, UGT und der PSOE. Ob-wohl sie selbst wenig Geld und Mittel haben, haben sie eifrig für ihre spanische Schwester-organisation gesammelt

Doch der spanische JJSS-Vorstand be-fahl den Ausschluß des LPYS-Vertreters vom Kongreß - ange-blich, weil sie das Geld nicht an den Vorstand geschickt hätten, sondern nur an die Genossen, mit deren Ideen die LPYS überein-stimmten.

Weder schriftlich noch mündlich wurde bisher ein Beweis für diesen ungeheuren Vorwurf vorgelegt. Dieses Vorgehen erinnert an die schlimmsten Manöver der Stalin-Zeit und kann nur als bürokratisches Manöver bewertet wer-den. Dieser Vorstand wird so eine kurze Le-bensersparnis haben. So kann er nur eine Zeitlang mit der Mitgliedschaft der JJSS um-gehen, bevor sich die Basis auflehnen wird. Das Ergebnis dieses Kongresses wird höchste Unzufriedenheit sein, und die ausgeschlos-senen Genossen werden für ihre Ideen immer mehr Gehör finden, denn viele werden sich fragen, wieso diese "Führung" so viel Angst vor Genossen hat, daß sie nur mit Erstik-kungsmethoden antworten kann.

- Für einen neuen demokratischen Kongreß!
- Für eine volle und offene Diskussion!

Zusatz der Redaktion:

Einen Geschmack davon, wie für ihn Solidari-tät aussieht, gab der spanische Juso-Vorsit-zende im Frühjahr bei einem Treffen im Rahmen der Sozialistischen Jugendinternatio-nale (IUSY). Er lehnte den Antrag auf Solida-rität mit dem damals vom Parteiausschlußver-fahren bedrohten Klaus-Uwe Benneter ab mit der Begründung, dies gehe nur die deutschen Genossen etwas an.

JUSOS HESSEN NORD **OHNE KLARE PERSPEKTIVEN**

Am 18. September 1977 fand in Sontra (bei Kas-sel) eine außerordentliche Bezirkskonferenz der Jungsozialisten Hessen-Nord statt. Sie stand unter dem Eindruck, daß viele Juso-Ar-beitersgemeinschaften nicht mehr arbeitsfähig sind, sich die Lage aber bezüglich der Mitglie-derzahl und der arbeitenden Gruppen stabili-siert hat.

Der zentrale Punkt, der auf der Konferenz be-handelt werden sollte, drückte sich in Tages-ordnungspunkt 5 aus: "Situation und Perspek-tiven der Jungsozialisten". Zu diesem TOP wurde vom Bezirksvrsstandeine Beschlußvor-lage herausgegeben, deren Aufgabe es sein soll-te, eine Analyse der wirtschaftlichen Verhält-nisse und der Stärke der einzelnen Klassen in der BRD zu erstellen.

Bemerkenswerterweise ging aus den Delegier-ten-Unterlagen nicht hervor, ob dieser TOP überhaupt diskutiert werden sollte, ob über ihn abgestimmt werden sollte oder ob, vor einer Abstimmung, erst einmal ein Willensbildungs-prozess stattfinden müsse. Weiterhin fanden sich wörtliche Zitate in dieser Vorlage wieder ohne als solche gekennzeichnet zu sein. Diese Zitate stammen aus der "Sozialistischen Pra-xis" (Nr. 1), deren Mitherausgeber Udo Schlitz-berger (enemaliger Bezirksvorsitzender der Jusos Hessen-Nord) ist, und die das neue Or-gan der alten Bundesvorstandslinie ist. Es ist offensichtlich, daß diese Beschlußvor-lage in den veränderten Umständen angepasste, wortradikale Einschätzung von Genossen dar-stellt, die politisch auf der Linie des alten Bun-desvorstands stehen. So wärmt denn auch die Vorlage längst an falsch erwiesene Strategien wieder auf. Der Hauptpunkt war:

Reformen, wenn auch antikapitalistischer Art, seien fähig, diese profitorientierte Gesellschaft in eine sozialistische zu ver-wandeln.

In einer politischen Lage, wo sich die SPD in der Defensive befindet. Wo auf dem Rücken der Arbeiterklasse die Krise gelöst werden soll.

Wo die SPD nicht mehr von Reformen spricht, aber die Hoffnung in sie nicht untergehen las-sen will, zu einer Zeit, in der Reformen dem Zugriff kapitalistischer Krisen überlassen werden (dies beweist die Entwicklung seit '72), fordern die Jusos Hessen-Nord antikapitalis-tische Strukturereformen!

Die Perspektivlosigkeit, die in dieser Vorlage zum Ausdruck kommt, mag durch einige Zitate belegt werden:

"Gerade weil wir die Begrenzung des staat-lichen Handlungsspielraumes wie aber auch seine Erweiterung sehen, halten wir das Konzept der antikapitalistischen Struk-turreformen auf der Basis der Doppelstrategie nach wie vor für die geeignete Grund-lage einer sozialistischen Politik."

Die Strategie, die hier formuliert wird, will der Arbeiterklasse einreden, daß ein Zusammen-gehen, eine Harmonie zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie in den bürgerlich demokrati-schen Einrichtungen nötig sei, um einen Schritt näher zum Sozialismus zu kommen.

Der Staat wird nicht als das erkannt, was er ist: Eine machtvolle Organisation zur Unterdrückung einer Mehrheit durch die Minderheit; man zeichnet ihn als neutralen Vermittler zwischen beiden Klassen. Eine Auffassung, die den leid-vollen Erfahrungen der Arbeiterklasse in ihren Kämpfen Hohn spricht.

Viele Jusos sind mit der bisherigen Arbeit un-zufrieden und suchen nach neuen Arbeitsfeldern Diese Arbeitsfelder können sich aber nicht in "Europapolitischer Arbeit" oder Aktionen zur "Lage der Psychiatrie in der BRD" oder in Straßentheater, Dichterlesungen und Sportver-anstaltungen erschöpfen. Diese Felder werden von der Vorlage als wichtig erachtet. Unsere Anstrengungen werden nur bei einer vollkom-menen gewerkschaftsorientierten Arbeit von Erfolg gekrönt sein.

"In den ersten zwei Monaten des Jahres 1917 war Rußland Romanowsche Monarchie. Acht Monate später standen bereits die Bolschewiki am Ruder, über die zu Beginn des Jahres nur wenige etwas gewußt hatten und deren Führer im Augenblick der Machtübernahme noch unter Anklage des Landesverrats standen. In der Geschichte ist keine zweite ähnlich schroffe Wendung zu finden, besonders wenn man bedenkt, daß es sich um eine Nation von hundertfünfzig Millionen handelt. Es ist klar, daß die Ereignisse des Jahres 1917, wie man sich zu ihnen auch stellen mag, verdienen, erforscht zu werden."

So schrieb am Ende der 20er Jahre Leo Trotzki, einst Außenminister, Gründer der Roten Armee und nach Lenin zweiter Mann der Oktoberrevolution. Zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit betreten die Millionen Unterdrückten die politische Bühne - sie übernahmen sie. Die Kapitalisten der Welt staunten, atemlos, erschrocken. Die bürgerlichen Parteien innerhalb Rußlands hatten es selbst nicht gewagt, die Macht im Staate durch Mobilisierung der verbitterten Massen zu erkämpfen. Wie zum Hohn versuchten die noblen Adligen und die Herren Kapitalisten sich gegenseitig das heiße Eisen der Macht zu schieben.

Doch das Rad der Geschichte konnte nicht mehr zurückgedreht werden. In einem der rückständigsten Länder der Welt, und mitten in einem verheerenden Weltkrieg gingen die Arbeiter und Bauern an, das Problem an der Wurzel zu packen - sie begannen mit dem Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung. Während dieses sogenannten "Vaterlandskrieges" (der erste Weltkrieg dauerte bis 1918 an) wurde das Weltproletariat wach und blickte gespannt auf den jungen Staat der Arbeiterdemokratie.

Auch die noch im Februar führenden Massenparteien, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, hielten die Bewegung eher zurück, als daß sie den Arbeitern eine sozialistische Perspektive gaben.

KRASSE GEGENSATZE

Das Rußland von 1917 war ein Land der Gegensätze - ein krasses Nebeneinander von vollkommener Rückständigkeit und moderner Technologie. Die Stahlproduktion der USA betrug 1917 das 10fache der Stahlproduktion Rußlands. In der Landwirtschaft waren in Rußland noch 80% beschäftigt, wogegen in den USA die Zahl bei 30% lag und in Großbritannien lediglich 8%! Fast wie darauf aufgepfropft war die modernste, fortgeschrittenste Industrie mit einer starken Kapitalkonzentration - in der Großstadt Petrograd waren 60% aller Arbeiter in Fabriken mit mehr als Tausend Beschäftigten tätig. Diese ungleichmäßig verzerrte Situation (heute noch die Regel in rückständigen Ländern) führte zwangsläufig zu Spannungen. 1905 kam die Unzufriedenheit in Form von riesigen Streikwellen zum Ausdruck. Die Arbeiter schützeten 12 Stunden am Tag, 6 Tage in der Woche, und nach 10 Tagen konnten sie gerade ein Paar Schuhe kaufen - wenn welche zu finden waren! Sollten sie dann streiken, gab es unter Zar Nikolaus "dem Blutigen" brutale Repressionen. In der Landwirtschaft sah es schrecklich aus - zwar wurde Knechtschaft offiziell abgeschafft, doch besaßen nach einer "Agrarreform" 30.000 Großgrundbesitzer ebensoviel Land wie zehn Millionen arme Bauern! Ein Drittel Rußlands gehörte 700 Gutsherrn!

KAPITAL UNFAHIG

Wirtschaftliche Krise, politische Ausweglosigkeit, ein Weltkrieg mit katastrophalen Auswirkungen und Hunger, Korruption unter den Reichen auf der einen Seite und Massenarmut auf der anderen - das alles war ein Todesurteil für die Feudalherren Rußlands und die zaristische Regierung. Doch die kleine Kapitalistenklasse war zu schwach, zu spät geboren, um die Aufgaben der bürgerlichen Revolution durchzuführen - die Feudalherren zu beseitigen, den Großgrundbesitz zu verteilen, um die Landwirtschaft durch Mechanisierung entfalten zu lassen. Selbst "ihre" Industrie konnte sie nicht vorantreiben, denn die Konkurrenz mit der hochentwickelten Industrieproduktion aus Deutschland, England, Japan und den USA ließ keine Ausdehnungsmöglichkeiten übrig. Außerdem besaßen ausländische Kapitalisten ohnehin 40% des Kapitals und herrschten auf dem Gebiet der Schwerindustrie.

Trotz großer Reden für die Demokratie fürchteten die Unternehmer die entfesselte Unzufriedenheit des Proletariats, denn sie hätten eine solche Demokratie freien Lauf lassen müssen. Sie hätten das Streikrecht zugestehen müssen und das bedeutete angesichts der Krise unkontrollierbare Wellen von Generalstreiks, daß die Forderungen der Arbeiter öffentlich gestellt werden könnten. Da Arbeiterräte (Sowjets) schon existierten, könnten die Arbeiter dem kranken Kapitalismus ihre

eigenen Machtorgane gegenüberstellen und schließlich das System herausfordern.

TEXTILARBEITERINNEN

Der Wendepunkt kam jedoch nicht am Verhandlungstisch der Herrschenden, sondern fing bei den Handlungen der Massen an - und zwar bei den mitunter am schlimmsten Unterdrückten. Die Textilarbeiterinnen Petrograds gingen ihrer Führung zum Trotz am 23. Februar, am internationalen Tag der Frau, auf die Straßen und riefen 90.000 Kollegen in 50 Fabriken auf, mitzustricken. Hausfrauen strömten auf die Straßen und verlangten Brot. Die Metallarbeiter forderten 50% Lohnerhöhungen. Innerhalb von 24 Stunden waren schon die Hälfte aller Belegschaften am Streik beteiligt. Gerade die Fabrikarbeiter brachten durch ihre Forderungen und Initiative die Bedürfnisse und Empfindungen aller zum Ausdruck.



Truppen wurden hereingeschickt, es gab Straßenschlachten und Barrikadenbau. Die Arbeiter versuchten, sich mit den einfachen Soldaten zu verbündern, die Soldaten wurden verunsichert: "Wenn wir nicht auf unsere Brüder schießen, dann erschießen uns unsere eigenen Offiziere!" Trotzki beschrieb die gespannte Situation so:

"Die ungezählten Mengen sind sich selbst noch nicht ganz im klaren, was sie wollen, dafür aber sind sie vom brennenden Haß gegen das erfüllt, was sie nicht länger wollen. ... Ein Zurück gibt es nicht. Auch wenn eine Macht vorhanden wäre, sie auseinanderzutreiben, sie wären in einer Stunde wieder beisammen und der zweite Ansturm würde wütender und blutiger geworden sein." (Geschichte der russischen Revolution S.121)

Die sozialdemokratische Führung wollte bremsen, für die Arbeiter gab es jedoch nur einen Weg. Sie gewannen das Woljnski Regiment, das seinen Kommandanten erschoss und an die anderen Regimenter appellierte. Die Soldaten bewaffneten die Arbeiter.

"In jeder Fabrik, in jeder Werkstatt, in jeder Kompanie, in jeder Teestube, im Lazarett, in der Etappe und sogar in dem entvölkerten Dorfe ging eine molekulare Arbeit (Arbeit in den kleinsten Einheiten - d. Red.) vor sich. Über all gab es Deuter der Ereignisse, hauptsächlich Arbeiter, ... nährten sich von Bruchteilen revolutionärer Verallgemeinerungen, ..." (S.136)

RÄTE und REGIERUNG

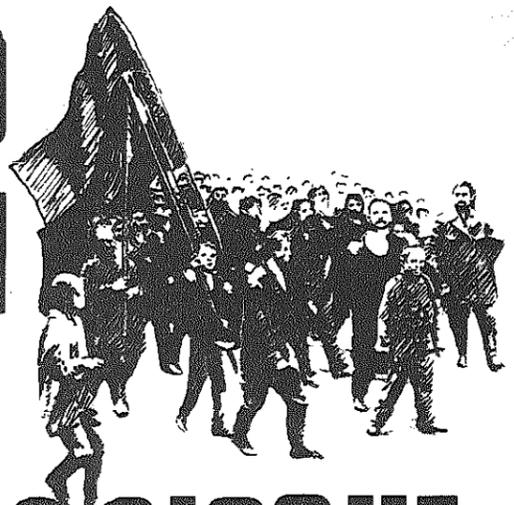
Dem Aufstand in Petrograd folgte einer in Moskau und die Rätebewegung breitete sich rasch nach allen Ecken Rußlands aus. Am 2. März dankte der Zar Nikolaus ab und übergab damit die Geschäfte seinem Bruder, Dieser, Michail, regierte volle 24 Stunden, dann gab er die Verantwortung weiter. Schließlich hatte dann die provisorische Regierung aus Kadetten (Kapitalisten, Großgrundbesitzer, eher "liberal" eingestellt) und Obristen (auch Kapitalisten und Großgrundbesitzer, aber Anhänger des Zaren). Diesen gegenüber stand die neue Macht der Sowjets der Städte, eigenständige Organe der Arbeiterklasse. Es gab sozusagen zwei Mächte, die aber in verschiedene Richtungen gingen - die schwache, bankrotte provisorische Regierung der Bourgeoisie, die nur so lange überleben konnte, wie die Sowjets sie nicht beseitigten, und auf der anderen Seite diese Sowjets, die solange nicht imstande waren, die Macht zu übernehmen, wie ihre demokratisch gewählte Führer kein klares Programm und keine klare Strategie hatten.

April 1917. Arbeiter- und Soldatenräte in der Duma



Aus Angst vor einer Mobilisierung der eigenen Basis für eine entschlossene politische Offensive gegen die Bourgeoisie schenkten die derzeitigen Mehrheitsparteien der Sowjets, die Men-

VOR 60 JAHREN



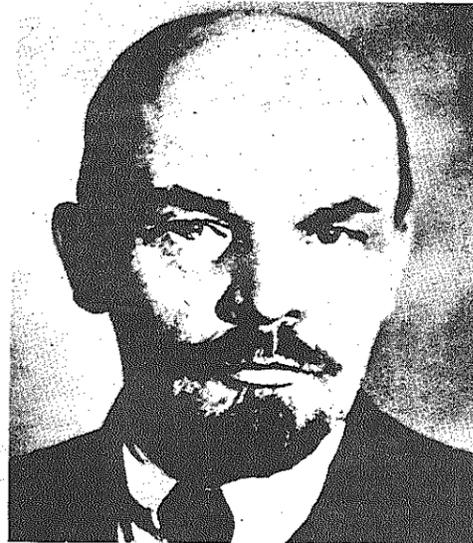
DIE RUSSISCHE

schewiki (Sozialdemokraten) und in den ländlichen Sowjets die "Sozialrevolutionäre", der provisorischen Regierung Glauben und Respekt und sogar die in ihnen anvertraute Verantwortung der Arbeiterräte.

LENIN und die BOLSCHEWIKI

Die Partei spitzen mißtrauten den kämpferischen Arbeitern und gaben das heiße Eisen an die provisorische Regierung weiter.

Nur eine Partei verstand es, die Notwendigkeiten anzuerkennen, die Aufgaben beim Namen zu nennen, die Arbeiterbewegung zu mobilisieren: die BOLSCHEWIKI UNTER LENIN.



Dumme bürgerliche Kritiker und Zweifler aller Schattierungen behaupten auch heute noch die Bolschewiki wären eine kleine, elitäre Sekte gewesen, die die Revolution sogar gegen den Willen der Mehrheit der Arbeiter und Bauern geführt hätte, wie eine Art Putsch. Diese Einstellung kann man mit der vergleichen, daß dreieinhalb Terroristen die Zukunft der Bundesrepublik in Frage stellen könnten. Doch für Marxisten stellt sich die Frage anders. Die Waffen des Marxismus sind seine IDEEN, seine PERSPEKTIVEN, sein PROGRAMM. Diese Ideen waren auch nicht irgend etwas, das Karl Marx aus seinen Fingern saugte, sondern sind die Lehren aus den bisherigen Kämpfen der Arbeiterklasse, aus den Widersprüchen und Krisen des Kapitalismus.

RÄTEDEMOKRATIE

Doch die acht Monate zwischen Februar und Oktober in Rußland zeigten einiges mehr - die revolutionäre Entschlossenheit der Arbeiter, mit aller Ausbeutung Schluß zu machen, gleichzeitig aber die Unfähigkeit der bisherigen Führung der Arbeiterparteien, sich konsequent für ihre Basis einzusetzen und mit dem System zu brechen. Das war es, und nicht "sektiererische Methoden" der Bolschewiki, die ihnen zunehmendes Gehör verschafften, bis sie schließlich auf dem gesamt-russischen Rätekongreß im Oktober 1917 eine Mehrheit errangen. Die Voraussetzung dafür war die Form der Arbeiterräte selbst, denn sie bedeutete ein bisher nie gekanntes Maß an Demokratie und Entscheidungsfähigkeit.

Diese Räte-demokratie widerspiegelte zunehmend die durchdachten Bedürfnisse und die Unzufriedenheit der Millionen Arbeiter und armen Bauern. Delegierte wurden von allen Fabriken, Industriebereichen, vom Verkehrswesen, von den Häfen und den Eisenbahnen zu örtlichen, regionalen Räten und zum gesamt-russischen Arbeiterrat entsandt. Die Räte hatten auch Vollmacht, benötigte Fachleute und Experten - selbstverständlich unter

ihrer Kontrolle - mit einzubeziehen, sollten sie es für wichtig halten. Doch sie hatten nicht nur die Macht. Sie bekamen kein erhöhtes Entgelt, sondern nur die Unkosten bezahlt, kein Delegierter erhielt mehr als einen Facharbeiterlohn, denn es sollte dafür gesorgt werden, daß Karrieristen und Pöstchenjäger keine Chance hatten. Gleichzeitig war jeder Delegierte innerhalb von 24 Stunden vom entsprechenden Rat abwählbar und konnte ein anderer dafür eingesetzt werden. Schließlich mußte jeder Delegierte, insofern keine Sitzung des Rates stattfand, an seinem Arbeitsplatz seine sonstige Tätigkeit ausüben.

SPREU und WEIZEN

Somit wurde schlagartig die Spreu vom Weizen getrennt. Kritisch überprüften die Kollegen alle Vorschläge, alle Reden, alle Versprechungen.

Tag für Tag testeten die Arbeiter diejenigen, die den Himmel auf Erden versprochen oder die wachsende Bewegung bremsen wollten. Und Tag für Tag kamen mehr zur Schlußfolgerung der Bolschewiki, daß der einzige Weg über die Sowjets ging und daß die Arbeiterparteien sich für die volle Machtausübung durch die Sowjets einsetzen sollten. Dadurch wurde jedoch die Blindheit und Feigheit der Menschewiki und Sozialrevolutionäre deutlich. Ständig verloren sie ihre Basis, in die sie ohnehin nie Vertrauen gesetzt hatten. Sie argumentierten oberlehrerhaft:

Da in England während der bürgerlichen Revolution im 17. Jahrhundert die Kapitalisten im Kampf gegen die Monarchie an die Macht gekommen wären und da durch die französische Revolution die damals revolutionären Kapitalisten auch den Kampf gegen die Großgrundbesitzer führten, behaupteten sie, daß die Revolution in Rußland auch von der Bourgeoisie geführt werden müßte.

OPPOSITION oder OFFENSIVE?

Für sie war die Aufgabe der Arbeiterparteien eine aus der Opposition, das bedeutete in der Praxis Unterstützung für die provisorische Regierung. Selbst im Zentralkomitee der Bolschewiki war kurz nach dem Februar keine klare Alternative dazu vorhanden.

Lenin war noch im Exil, und die Redaktion der Parteizeitung "PRAWDA" lag in den Händen von Stalin.

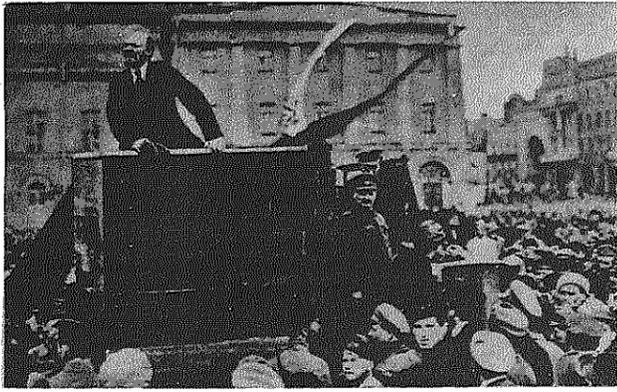
Die Zeitungsparen unterschieden sich kaum von denjenigen der Menschewiki. Am 29. März hielt Stalin ein Referat vor einer Konferenz der Bolschewiki, in dem er folgendes sagte: "Der Sowjet mobilisiert und kontrolliert die Kräfte. Die provisorische Regierung dagegen erfüllt widerstrebend und irrend die Rolle des Festigers jener Errungenschaften des Volkes, die dieses sich bereits faktisch genommen hat."

... es ist für uns jetzt nicht von Vorteil, die Ereignisse zu forcieren, indem wir den Prozess der Abstoßung bürgerlicher Schichten beschleunigen, die sich in der Folge unvermeidlich von uns trennen müssen." (S. 258)

"Nicht - bloß nicht - die Reaktion provozieren" war die Botschaft Stalins. "Abstumpfung und Schwächung der Massenbewegung", um die liberalen Verbündeten nicht abzuschrecken." (S. 259).

„GEDULDIG ERKLÄREN“

Weniger als eine Woche später legte Lenin gerade aus dem Exil zurückgekehrt - seine Aprilthesen vor. Er griff die versöhnlichen Ideen seiner Genossen, besonders Stalins, scharf an. Die Aufgabe, sagte er, sei es, die Regierung zu stürzen, man könne kein Ver-



Lenin forderte die Beendigung des Krieges und eine Republik der Arbeiter. (Die Aufnahme ist später entstanden. Sie zeigt Lenin als Redner; rechts neben der Rednertribüne Leo Trotzki.)

REVOLUTION

trauen in sie haben. Diese Republik wäre nicht unsere. Doch sie bleibt aufrecht, weil die Menschewiki und Sozialrevolutionäre sie unterstützten und die Massen haben noch Vertrauen in diese Parteien. "Man muß geduldig erklären", sagte Lenin. Die Bolschewiki seien in der Minderheit, es ging darum, eine gesundes Mißtrauen gegen die "Versöhnler" zu erwecken, Worte mit Taten zu vergleichen, Bremsen von Kämpfern zu unterscheiden. Der einzige Weg nach vorne wäre über die Sowjets, das heißt über die Grenzen der bürgerlichen Regimes hinaus. Man müsse voll und ganz mit dem Kapital brechen. "Alle Macht den Räten!"

Schon Jahre zuvor war es Lenin und Trotzki klar, daß die Bourgeoisie nicht in der Lage war, die durch sie selbst hervorgerufene Krise zu lösen. Die Aufgabe der Demokratie, Agrarreform und Modernisierung der Industrie, sowie den Krieg beenden, mußten von einer anderen Klasse übernommen werden.

ARBEITER UND BAUERN

Sie fiel den Arbeitern und armen Bauern zu. Da die Unternehmer nicht mehr fähig waren, die Produktion anzukurbeln, da sie wegen Verfüllung mit den Großgrundbesitzern den armen Bauern das Land nicht geben konnten, mußten

die Produzierenden selbst die Produktion in die Hand nehmen. Das bedeutete jedoch Schluß mit dem Kapital, und die Umgestaltung der Gesellschaft in eine sozialistische. Aber wie, genau?

Noch deutlicher als Lenin erkannte Trotzki das Verhältnis zwischen Industrieproletariat und armen Kleinbauern. Er erklärte, die Geschichte beweise, daß die Bauern keine unabhängige Rolle spielen könnten.

Obwohl sie die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildeten, war das Proletariat die Klasse der Zukunft. Die Ankerbelug der Industrie war auch der Schlüssel zur Agrarrevolution, denn sie bedeutete Traktoren und andere mechanische Hilfen für die Bauern, und durch die Verstaatlichung der Banken konnte man ihnen billige Kredite anbieten. Daher mußte die Arbeiterklasse die Revolution führen und diese mußte dann eine sozialistische sein. Die einzige noch mögliche Demokratie war also die Arbeiterdemokratie.

Die Kapitalisten, in Worten für die Revolution, hatten schrecklich viel Angst um ihre Investitionen und ihre Zukunft. Die provisorische Regierung konnte höchstens Reformen bestätigen, die ohnehin von unten an der Regierung vorbei durchgeführt wurden. Die wesentlichen Probleme - ein demokratisches Parlament, Land den Kleinbauern, den Krieg und den Hunger beenden, blieben ungelöst.

Die Millionenmassen zogen die Konsequenzen. Jetzt würden sie die Bolschewiki auf die Probe stellen. Und die Bolschewiki hatten sich jahrelang auf die Machtübernahme durch die Arbeiterklasse vorbereitet. Jetzt in den Betrieben, auf den Bauernhöfen, und auch in der Armee wurden die Stimmen laut - "Schluß mit dem Alten!" Überall fanden Diskussionen statt, die Sowjets mußten doch die Macht übernehmen. Jetzt war das Maß voll. Die Atmosphäre war äußerst gespannt. Es knisterte. Es mußte was geschehen.

Im Petrograder Sowjet hatte die Bolschewiki unter Trotzki - die breite Mehrheit. In der

Armee und bei der Marine hatten sie auch weitgehend Unterstützung. Am Vorabend der gesamt-russischen Rätekonferenz führte der Petrograder Arbeiterrat einen Aufstand durch. Arbeiter nahmen die Minister fest (Regierungssitz war Petrograd), übernahmen wichtige Regierungsgebäude, die Post, die Banken, und die Soldaten besetzten ihre Kasernen. Im ganzen Aufstand kamen 10 Menschen ums Leben.

RATEKONGRESS UNTERSTÜTZT AUFSTAND

Am nächsten Tag gab Trotzki auf dem Rätekongress einen Bericht über den Verlauf der Ereignisse des Aufstandes ab. Die Delegierten der Räte aus ganz Rußland begrüßten den Schritt und erkannten sich als die einzige Regierung an. In allen wichtigen Städten übernahmen die Arbeiter die Macht. Doch die Reaktion in Moskau wehrte sich gegen die neue Regierung - erst eine Woche später hörten die Kämpfe auf und die Reaktion wurde besiegt.

Zum erstenmal in der Geschichte war die Arbeiterklasse an der Spitze der Gesellschaft. Das kleine russische Proletariat hatte mit der Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Kleinbauern und geführt von den Bolschewiki das Kapital besiegt. Für die russischen Arbeiter war dies der Anfang der internationalen sozialistischen Revolution. Ohne die Hilfe der internationalen Arbeiterparteien und Bewegungen, das wußten sie, bestand äußerste Gefahr für die Errungenschaften der Revolution.

(Wir werden uns in einem kommenden Artikel mit der Regierungspolitik der jungen UdSSR und den politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten befassen.)

Greg Powell
Juso-Vorstand
UB-Ramscheid

Nach der Niederlage der Novemberrevolution im Anschluß an den ersten Weltkrieg war die Kampfkraft der Arbeiterbewegung noch keineswegs gebrochen. Dies zeigte sich überdeutlich im Jahre 1920, als reaktionäre Teile der Armee unter der Führung der Generale Kapp und Lützwow versuchten, durch einen Putsch die Macht an sich zu reißen. Ein Generalstreik wurde ausgerufen, dem die Arbeiter massenhaft folgten und der das ganze Land lahmlegte.

Die Putschisten hingen damit völlig in der Luft und mußten nach wenigen Tagen aufgeben. In vielen Orten, besonders aber im Ruhrgebiet, bildeten die Arbeiter bewaffnete Einheiten und brachten die Städte unter ihre Kontrolle. In Remscheid (südlich des Ruhrgebiets) fand ein wichtiger Kampf gegen die Truppen der reaktionären Generäle statt. Ein Augenzeuge von damals (heute 76jährig und SPD-Mitglied) berichtet VORAN:

Dann kam da einmal eine Kompanie von Pionieren beim Arbeiter- und Soldatenrat vorbei. Wir sagten ihnen: Hier ist der Arbeiter- und Soldatenrat, hier könnt Ihr die Waffen abgeben und dann in die Heimat zurückkehren, der Krieg ist zu Ende.

Der Chef der Kompanie hat sich geweigert, er gab Befehl, uns zu umzingeln. Als er aber erkannte, daß sein Befehl nicht mehr ernstgenommen wurde, gab er auf. Die Soldaten haben wir entwaffnet, die wollten gar nicht mehr schießen.

Die Soldatenräte fingen damit an, diesen Soldaten Ausreisepapiere auszustellen, damit sie sich frei bewegen konnten. Wenn sie weiter weg wohnten, konnten sie auf Befehl des Soldatenrats frei mit der Reichsbahn zurückfahren. Die Reichsbahn hat dies auf Befehl der Soldatenräte bis März 1919 gemacht.

Ich war damals ja noch keine 18 Jahre alt, hatte damals nur Botendienste gemacht. Zu den Gruppen in den umliegenden Orten mußten ja Botschaften gebracht werden, und in die Post hatten sie noch kein Vertrauen. Wenn es schnell gehen mußte, fuhren wir Jungs einfach mit dem Fahrrad. Sicher haben die Räte in ganz Westfalen und im Kohlenpott Verbindung zueinander gehabt.

Lützwow im Rathaus

1920 war dann der Märzputsch. Ich war immer noch ziemlich jung, aber was ich mitmachen konnte und durfte, das habe ich auch mitgemacht. Hier in Remscheid war im Rathaus der Stab des Generals Lützwow, und wir nahmen Kontakt mit den Arbeitern von Lüttringhausen auf, weil die dort ein Geschütz aufgestellt hatten. Die Lützwower hielten den Schlachthof besetzt und den Friedhof in der Nordstraße und den Wasserturm. Dann haben die Arbeiter Widerstand geleistet. Im Lennep Rat hatten sie

gerade wieder so eine Volksversammlung gemacht, da kamen die dort stationierten 22 Mann von der Reichswehr und ein Offizier auf den Markt und wollten die Versammlung sprengen. Sie stellten Maschinengewehre auf und gaben Befehl, wir sollten auseinandergehen. Verschiedene waren ja sehr ängstlich, aber das hätteste mal sehen sollen. "Hau ab!", schrie da der Redner, und da gab der Offizier den Befehl, abzubauen. Sie mußten sich nach Remscheid zurückziehen, in Lennep hätten sie ja nichts machen können.

Die müssen wohl schon gerochen haben, daß Duisburg-Hamborn wie der ganze Kohlenpott in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte war. Und jetzt kamen die roten Arbeitermilizeinheiten hier von Schwelm die Chaussee entlang, abgemagert, müde, abgehetzt, hungrig, unrasiert. Ich stand da mit meinem Bruder auf dem Bürgersteig und schaute ihnen zu. Da kam einer auf mich zu und sagte: "Verdammt nochmal, so ein großer und starker Kerl und steht hier rum. Komm doch mit und

sen rübergefeuert auf das Rathaus zu, wo die Reichswehr saß. Der erste Schuß ging daneben, es ist aber nichts passiert. Aber der zweite Schuß, der saß. Dannhauten die aus dem Rathaus ab, aber am Schlachthof haben sie sich noch zur Wehr gesetzt, da sind auch viele von den unseren gefallen. Die mußten über die Mauer rüber, und da haben sie sie abgeknallt.

MG-Nest

Ich war bei der Truppe aus Hamborn, als wir die Freiheitsstraße hochgingen, dem Schlachthof zu. Auf einem Dach war ein MG-Nest, und an der Ecke da gingen 5 Straßen auseinander, da kam man nicht mehr durch. Ich habe da miterlebt, wie in 15jähriger Junge seinen Vater gerächt hat. Sein Vater stand 2,3 Schritte von mir ab. Ein Schuß traf meinen Mantel und ging ihm, weil er klein war, direkt ins Gesicht. Der Sohn hat bloß mit den Zähnen geknirscht.



kämpfe mit!" Ich sagte: "Ist gut!". Ich habe mich gefreut, als ich mitging. Als wir auf die Stadt zuingen, fing es schon an mit dem Knallen. Ich selbst habe keine Waffe gehabt, ich habe aber geholfen bei den Wasserkästen für die Maschinengewehre. Die aus dem Kohlenpott haben ein Geschütz mitgebracht, sie haben von Lüttringhausen

Als wir weiter an die Plakatsäule kamen, da konnten wir sehen, wo die Schüsse herkamen. Wir mußten natürlich dauernd in Deckung gehen und konnten nicht durch. Der Junge hat angelegt und aufgepaßt. Auf einmal sah er einen Stahlhelm auf dem Dach. Er traf den Mann, der dann mitsamt dem MG von Dach fiel. Damit war das MG-Nest erledigt.

KAPP - PUTSCH

Ein Augenzeuge berichtet

Als wir weiter gingen, und in dem Dreieck zwischen Bahndamm und Zaun am Alexanderwerk angekommen waren, mit dem Maschinengewehr ganz vorne, da bekamen die im Schlachthof aber kräftig Zunder. Sie haben aufgegeben und sind türmen gegangen. Wir haben verschiedene von der Reichswehr in Gefangenschaft gebracht, und darunter erkannte ich plötzlich einen früheren Schulfreund. Auf einmal sieht der mich und ruft: "Bruno, Bruno!"

Ich sag: "Herbert, was machts Du denn hier?" "Ich hab mich freiwillig gemeldet."

Er war nur ein Jahr älter als ich. Ich sagte zu denen aus Hamborn dann: "Laßt doch den Jungen in Ruh', der ist ein armer Teufel, die haben 11 Kinder zu Hause, seine Eltern sind anständige Menschen. Gebt ihn her, ich nehm'ihn schon!"

Die unseren haben dann die restlichen Soldaten noch gejagt bis Müngsten. Dort fing nämlich die britische Besatzungszone an. Die Engländer haben sie in Empfang und Schutz genommen. Damit war für mich eigentlich der Märzputsch zu Ende.

Die Kämpfe gingen immer noch weiter. Kollegen von hier fuhren mit einem Lastwagen nach Wesel, wo die schlimme Schlacht stattfand. Sie brachten zwei Tote mit. Diese waren bei der Verteidigung einer belagerten Fabrik gefallen.

Waffenstillstand

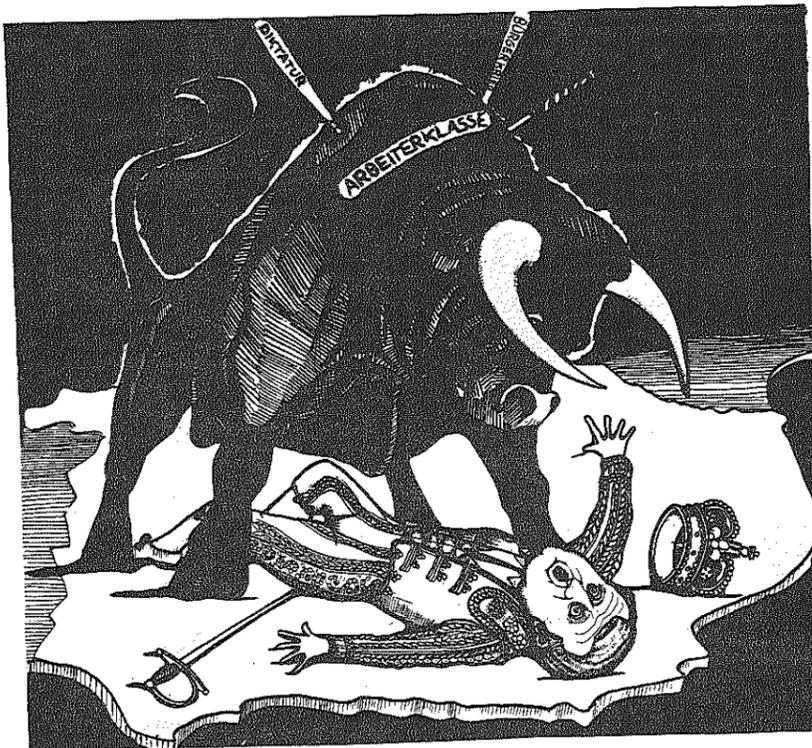
Schließlich aber kam es zum Waffenstillstand von Bielefeld. Die Stimmung war so, daß die Bevölkerung hier wenigstens dagegen war, daß die Waffen abgegeben werden sollten. Andere haben gesagt, wir kriegen unser Recht auch ohne Waffen - das waren hauptsächlich die SPD-Führer. In Bielefeld wurde über die Abgabe der Waffen beraten. Alle Zivilisten mußten die Waffen abgeben. Wir haben uns gefragt - wie kann man denn nur so blöd sein? Wie die Waffen abgegeben waren, da wurden die frech. Es wurden Verhaftungen vorgenommen und was nicht alles. Dann war es zu spät. Dieses Bielefelder Abkommen 1920 war der größte Fehler, den sie machen konnten. Wir hatten ja schon eine richtige Arbeiterarmee zusammen, mit Führung und so, aber ohne Waffen konnte man nichts machen, da wurden die wieder frech. Dann war alles vorbei."

SPANIEN:

Demokratie durch Sozialismus

Spanien wird in der Fremdenverkehrswerbung immer wieder gleichgesetzt mit Sonne, Meer, Wein, Flamenco, Stierkampf und lachenden Gesichtern. Die bürgerliche Presse in der Bundesrepublik setzt diesen Bildern seit einiger Zeit noch weitere hinzu: Demokratisierung, reibungsloser Übergang von der Franco-Diktatur zur modernen parlamentarischen Demokratie wie in England oder der Bundesrepublik. Diejenigen deutschen Arbeiter, die sich in diesem Jahr noch einen Spanien-Urlaub leisten konnten, sollten ja auch nicht mehr sehen. Aber viele haben doch wenigstens oberflächlich gespürt, wie angespannt die Lage in Spanien ist.

Graf Meißner



Mehr und mehr enthüllensich für die breite Masse zwei Tatsachen:

1. Diese angebliche Demokratie ist gar keine.
 2. Die schönsten Worte, das eifrigste Parlament hat keinen Sinn, wenn sich der Lebensstandard weiter verschlechtert.
- "Was wird uns die 'Demokratie' zum Essen geben?" - dies werden sich jetzt mehr und mehr Arbeiter, Bauern, Rentner und Jugendliche fragen.

Nach der Wahl

In der Tat sitzt die spanische Regierung, und mit ihr die gesamte herrschende Kapitalistenklasse, auf einem Pulverfaß. Bei den Parlamentswahlen im Juni hatten bereits 30% der Wähler, vor allem in den Großstädten, für die sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) gestimmt und so ihren Wunsch nach sozialistischer Veränderung zum Ausdruck gebracht.

Die Arbeitslosigkeit lag Ende September bei 1,3 Mio., und im Winter werden gar 15% der erwerbsfähigen Bevölkerung ohne Arbeit sein. Doch nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Inflationsrate macht Spanien zum Spitzenreiter im europäischen Wettbewerb für kapitalistisches Wirtschaftschaos: Schon im September lag sie bei 29%, im Winter werden 36% erwartet.

Das Land ist wirtschaftlich am Ende. Spanien hat 12 Mrd. Dollar Auslandsschulden, für das nächste Jahr werden 16 Mrd. Dollar Währungs-bilanzdefizit erwartet. Das Außenhandelsdefizit ist das größte aller OECD-Länder (Organisation für wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung). Allein im Handel mit der BRD importiert Spanien mehr als doppelt so viel wie es ausführen kann! Früher gab es massenhaft ausländische Investitionen in Spanien, weil die Franco-Diktatur billige und versklavte Arbeitskräfte versprechen konnte. Heute sieht man das Gegenteil: Kapitalflucht weil die Herren der Wirtschaft angesichts der Kampfkraft der Arbeiterklasse und der internationalen wirtschaftlichen Aussichten kein Vertrauen in die Zukunft mehr besitzen.

Chaos

Spanien liefert Musterbeispiele für kapitalistisches Chaos am laufenden Band. In Andalusien, das überwiegend von einigen wenigen Großgrundbesitzern kontrolliert wird, liegt fruchtbares Land brach und müssen Tagelöhner in ihren armseligen Hütten hungern. In der Estremadura wurden massenhaft Obstbäume gefällt, weil weniger Obst für die Handelsketten größere Profite einbringt.

Viele Arbeiter müssen die Hälfte ihres Lohnes für die Miete aufbringen. Wohnsilos zeigen schon nach wenigen Jahren deutliche Zeichen des Verfalls. Gleichzeitig sind viele Bauarbeiter ohne Arbeit und bleibt vorhandenes Material ungenutzt.

Arbeiter wehren sich

Schon vor zehn Jahren begann die spanische Arbeiterklasse sich von den Wunden der Niederlage im Bürgerkrieg zu erholen. Selbst zu einer Zeit, als oberflächliche ausländische Beobachter noch von einem stabilen Franco-Regime sprachen, gingen die Arbeiter an, für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu kämpfen - trotz Zusammenstößen mit der Polizei und Verhaftungen von Arbeiterführern. So konnten während der Diktatur - die Arbeiter den Anteil der Löhne am Nationaleinkommen von 57% im Jahre 1970 auf 66% im Jahre 1976 heraufdrücken. Jetzt, wo die Arbeiter formal mehr Freiheiten haben sich offen in Gewerkschaften organisieren können und spüren, daß auch die Demokratie daran nichts ändert, daß ihnen das Kapital alle Errungenschaften wieder wegnimmt, wird es zu Auseinandersetzungen und Klassenkämpfen kommen, die dem spanischen Kapitalismus direkt ans Mark gehen.

Daß diesem jetzigen Regime die Angst vor der Arbeiterklasse tief in den Knochen steckt, wird von Tag zu Tag deutlicher. Der greise Franco hatte in den letzten beiden Jahren vor seinem Tod im November mit ansehen müssen, wie in Portugal sein früherer Freund Spínola versuchte, durch eine Revolution von oben eine Revolution von unten zu verhindern und dabei nur selbst unter die Räder kam. Das Regime in Madrid will nur ähnliches verhindern.

Schein - Demokratie

Juan Carlos und Ministerpräsident Suarez (ebenfalls ehemaliger Minister unter Franco) haben zwar bei Gesprächen mit Helmut Schmidt im Winter und Frühjahr ihre angeblich demokratische Gesinnung herausgestellt und dafür von Schmidt auch noch lobende Worte empfangen, aber die Bilanz der ersten neun Monate dieses Jahres spricht eine ganz andere Sprache: 26 Tote bei Störungen der öffentlichen Ordnung - Demonstranten, die den Kugeln der Polizei oder faschistischer Truppen zum Opfer fielen. 143 Journalisten wurden angeklagt, sich in Artikeln über das Regime lustig gemacht zu haben.

rez de Miranda, ein enger Vertrauter des Königs, hat öffentlich eine solche "Regierung der nationalen Konzentration" gefordert. Der Führer der faschistischen "Volksallianz", Fraga, ist seinerseits ebenfalls bereit, zusammen mit Vertretern der Kommunistischen Partei in einer Regierung zu sitzen.

Sozialpakt

Am 10. Oktober einigten sich dann die Führer der spanischen Parteien einschließlich der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei auf wichtige Punkte ihrer gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Nach diesem "Pakt von Moncloa" sollen die Löhne und Preise im nächsten Jahr nicht über 22% steigen - aber aus vielen anderen Ländern kennen wir die leidvolle Erfahrung, daß dann meistens die Preise doch schneller als die Löhne steigen und sich der Lebensstandard so noch weiter verschlechtert.

Für den Fall, daß die Lohnsteigerungen über diese 22% hinausgehen, wird den Firmen ausdrücklich zugestanden, bis zu 5% der Belegschaft zu entlassen! Mit dieser Maßnahme sollen die Arbeiter von höheren Lohnforderungen

WARUM INTERNATIONALISMUS ?

Der Kampf der Arbeiterklasse zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards und gegen das kapitalistische System macht nicht vor den einzelnen Ländergrenzen halt. Der Kapitalismus hat in den letzten 200 Jahren einen Weltmarkt geschaffen und alle Länder gegenseitig voneinander abhängig gemacht. Es ist unmöglich, den Sozialismus in einem Land aufzubauen. Ebenso unmöglich ist es, eine sozialistische Strategie nur für ein Land auszuarbeiten und erfolgreich durchzuführen. Der Internationalismus und die Vereinigung der Arbeiterklasse international ist eine ganz praktische Frage.

Internationale Solidarität ist nicht etwas für Festtagsreden, etwas, woran man sich erst erinnert, wenn irgendwo anders eine Arbeiterklasse zerschlagen wird. Sie ist eine starke

Waffe der Arbeiterbewegung. Nur so hat die Arbeiterbewegung jemals Siege erringen können. Als während des Druckerstreiks 1976 der Springer-Verlag seine Blätter in Holland, Frankreich und England drucken lassen wollte, verhinderten die Gewerkschafter in diesen Ländern, daß man sie als Streikbrecher ausnützte.

Indem wir über die Lage der Arbeiterbewegung im Ausland berichten, können wir mit dazu beitragen, daß wir hier in der BRD die Erfahrungen der Kollegen im Ausland praktisch anwenden und die gemachten Fehler möglichst vermeiden. Ihr Kampf ist auch unser Kampf. Dazu kommt noch, daß Millionen Ausländer in der Bundesrepublik arbeiten. Eine Reihe spanischer und türkischer Kollegen gehört auch zu unserem Leserkreis.

Im Baskenland griff der sozialistische Parlamentsabgeordnete Jaime Blanco bei einer Massendemonstration ein und forderte fünf Polizisten auf, einen Jugendlichen nicht mehr weiter zu mißhandeln, sondern ihn in Ruhe zu lassen. Daraufhin wurde er selbst verprügelt und festgenommen. Als die PSOE im Parlament in dieser Sache einen Mißtrauensantrag gegen den Innenminister einbrachte, erhielten sie zur Antwort, daß Blanco selbst schuld sei, er hätte ja nicht eingreifen brauchen. Der Mißtrauensantrag scheiterte im Parlament, weil ihm nur die Sozialisten und einige baskische Nationalisten und "Unabhängige" zustimmten. Und die kommunistischen Abgeordneten? Sie enthielten sich der Stimme!

Die Regierung Suarez weiß genau, daß ihre soziale Basis von Tag zu Tag brüchiger wird. Deswegen bemüht sie sich krampfhaft um ein Einverständnis mit den Führern der Arbeiterbewegung.

"Um ihrem Wirtschaftsprogramm trotz aller Schwierigkeiten dennoch zum Erfolg zu verhelfen, bemüht sich die Regierung um ein Einverständnis mit den Gewerkschaften, die bereits einen 'heißen Herbst der Streiks' ankündigten." (Die Welt, 5. 8. 77)

"Ängstlich um das relative Wohlverhalten der Gewerkschaften bemüht", so charakterisierte "Die Welt" am 6. 10. 77 die Regierung Suarez. Mehr und mehr setzt die herrschende Klasse ihre Hoffnungen auf eine Notstandsregierung, die alle großen Parteien einschließlich der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei umfassen soll. Parlamentspräsident Alva-

ungen zurückgehalten werden, da diese ihnen Entlassungen bringen könnten." (FAZ, 11. 10. 77) Weiterhin ist den Unternehmern auch eine Teilentlastung von ihren Sozialabgaben versprochen worden.

Ein solches Krisendiktat ist für die spanische Arbeiterbewegung unannehmbar. Die Arbeiter haben lange genug gelitten und gekämpft. Sie wollen jetzt nicht mit dieser Art von 'Demokratie' abgespeist werden.

Als Schande muß es auch jeder ehrliche Gewerkschafter, Sozialist und Kommunist ansehen, daß seine eigenen Führer an diesem Pakt mitgeschrieben haben.

Die Regierung Suarez, die direkt das Großkapital vertritt, wird immer mehr gezwungen sein, sich auf die Führer der Arbeiterparteien zu stützen. Ihre Absicht ist klar: sie wollen die Arbeiterbewegung davon zurückhalten, selbständig und unabhängig für die Verbesserung des Lebensstandards und die endgültige Entmachtung der Großkonzerne, Großbanken und anderer Hintermänner des Franco-Regime zu kämpfen.

Arbeiterparteien

Aber anstatt mutig und konsequent für den Sturz dieser Regierung und davon der Arbeiterbewegung getragene sozialistische Regierung zu mobilisieren, haben die Führer der Arbeiterparteien alle Hände voll zu tun, um den bürgerlichen Politikern und dem Kapital ihre Zuverlässigkeit zu beweisen. Der Führer der Kommunistischen Partei, Carillo, war schon seit Monaten der eifrigste Verfechter eines Abkommens aller Parteien, wobei

Suarez Ministerpräsident bleiben könnte. "Andere Kommunisten fordern die Bevölkerung und die Parteien auf, die Regierung Suarez zu stützen" (FAZ 10. 10. 77). So ängstlich um die Sympathie des Ministerpräsidenten und des Königs ist Carillo bemüht, daß er mit seinen Parteigenossen im Parlament nicht einmal den Mißtrauensantrag der Sozialisten gegen den Innenminister unterstützt! Auch bei den Feiern zum Namenstag des Königs durfte Carillo nicht fehlen: "Den Höhepunkt... boten der Handschlag und die genau abgemessene Kopfneigung des Kommunistenführers Santiago Carillo vor seinem König: Meinen Glückwunsch, Majestät!", schienen die Lippen zu murmeln... Beide kommen sie ohne einander nicht aus, beide wissen es". (Die Welt 27. 6. 77)

Schon längst geht in Spanien das Wort von der "Königlich Kommunistischen Partei" um! Aber die Sozialistische Partei hat keine klare Alternative zu diesem eurokommunistischen Kniefall vor dem Kapital und seinen politischen Clowns anzubieten. Anstatt die Scheindemokratie der Herren Suarez und Co. klar zu entlarven und kompromißlos die Sache der Arbeiterbewegung zu vertreten, lassen sich die Führer die PSOE ebenfalls auf Kompromisse und Absprachen mit den Vertretern des Regimes ein und versuchen, einzelne Persönlichkeiten aufzuwerten, die sich vor einigen Jahren schon rechtzeitig etwas von der Franco-Diktatur abgesetzt haben und jetzt groß "Demokrat" spielen. So schüttelte Sozialistenführer Gonzalez bei einer Massenkundgebung zum vierten Jahrestag des chilenischen Putsches demonstrativ dem Führer einer christdemokratischen Splittergruppe, Ruiz Gimenez, die Hand. Derselbe Gimenez war einst einmal Minister unter Franco, seine Gruppe hat bei der jüngsten Wahl nicht einmal einen Sitz erworben und hat absolut keine Basis in der Bevölkerung. Solche "Demokraten" sind keine Freunde der Arbeiterbewegung. Ein Bündnis mit ihnen kann die Bewegung nur bremsen!

In den nächsten Monaten und Jahren wird sich entscheiden, ob sich in Spanien eine echte sozialistische Demokratie durchsetzen oder das Kapital letzten Endes wieder zu einem Gegenschlag ausholen kann. Die hoffnungslose Lage des spanischen Kapitalismus schreit geradezu nach einer sozialistischen Umwälzung. Mehr und mehr Arbeiter und Bauern werden in den nächsten Monaten diese Konsequenzen ziehen und eine Alternative suchen. Der Schlüssel für die Zukunft liegt in den Händen der Marxisten in PSOE und Gewerkschaften. Wenn es ihnen gelingt, die breite Masse für das Programm des Sozialismus zu gewinnen und dieses Programm in die Tat umzusetzen, dann wird eine erfolgreiche spanische Revolution auch die Totenglocken für den Kapitalismus in ganz Europa einläuten.



"Die Regierung der 'Nationalistischen Front' unter Demirel führte die Türkei sozial ins Chaos und ökonomisch in den Abgrund." So So überschrieb die Frankfurter Rundschau (24. 10. 77) einen Artikel zur Lage in der Türkei. Wie wir schon berichteten (VORAN 23), hatte der Führer der linksgerichteten "Republikanischen Volkspartei", Ecevit, das Ziel der absoluten Mehrheit bei den Wahlen knapp verfehlt. Bereits nach 14 Tagen scheiterten seine versuchten Kabinettsbildungen und die rechtsextreme Koalitionsregierung aus der "Nationalistischen Front", der "Nationalen Heilspartei" und der faschistischen "Nationalen Bewegung" war wieder an der Macht. Die von diesen Parteien im Wahlkampf versprochenen "Reformen" sehen in der Praxis so aus:

- 3 Millionen Arbeitslose
 - 25% allgemeine Inflation
 - 50% Inflation auf die Güter des täglichen Bedarfs
 - 279 politische Morde (zum größten Teil verantwortet von den faschistischen Killerkommandos, "Graue Wölfe") und 5000 Verletzte.
 - Kindersterblichkeit unter 5 Jahren - 54,9%.
- Aber immerhin hat die reaktionäre Regierung Demirel einen Anhänger - den ehemaligen Innenminister von Rheinland-Pfalz, Heinz Schwarz (CDU/CSU). Nach einer Reise durch Ankara und Istanbul stellte er befriedigt fest, daß "die von Demirel geführte Koalition die Gewähr dafür bietet, daß die Türkei nicht ins sowjetische Lager abwandert" und: "die Killerkommandos Graue Wölfe sind nicht einmal so radikal wie die deutsche NPD."



ÖTV STREIK ?

VERHANDLUNGEN ZUM MANTEL-TARIF-
VERTRAG - SEE GESCHEITERT!
GEWERKSCHAFT ÖTV RECHNET MIT
STREIK!

In den diesjährigen Verhandlungen zum Manteltarifvertrag 1978 in der Seeschifffahrt werden ganz andere Forderungen aufgestellt als sonst üblich.

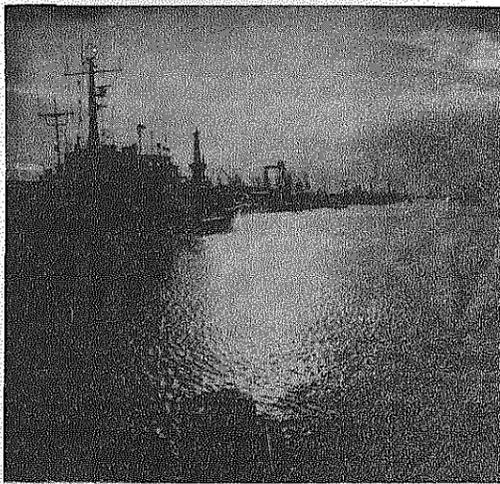
Bisher wurde in Verhandlungen das Hauptaugenmerk auf die Erhöhungen der Heuern gerichtet. Und das zu Recht. Dafür ein Beispiel: Der gelernte Facharbeiter an Land in einem Industriebetrieb verdiente 1976 bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 42,5 Stunden im Durchschnitt DM 2.194 monatlich (Statistisches Bundesamt Wiesbaden). Die Grundheuer eines Matrosen mit Brief und mehr als fünf Jahren Berufserfahrung hingegen beträgt für eine 56-Stunden-Woche 1.498 DM und DM 11,96 pro Überstunde. Das heißt, er müsste monatlich 58 Überstunden ableisten, um auf das gleiche Geld zu kommen wie sein Kollege an Land. Das heißt weiter, daß er pro Monat 117 Stunden länger als dieser arbeiten mußte und dabei einen realen Durchschnittsverdienst von DM 6,97 pro Stunde erreichte. Demgegenüber verdiente sein Kollege an Land pro Stunde DM 10,18 oder 50% mehr.

40 - STUNDEN - WOCHE

Der Grundstein für die jetzt gestellte Forderung in den diesjährigen Verhandlungen wurde bereits auf dem 8. Gewerkschaftstag der ÖTV 1976 gelegt. Dort war der Antrag auf 40-Stunden-Woche (jetzt 56-Std. -Woche plus in der Regel 90-120 Überstunden pro Monat) gestellt und mit großer Mehrheit angenommen worden. Eine Forderung, die im Landbereich schon lange erfüllt worden ist und bis auf einige Ausnahmen eine Selbstverständlichkeit ist. Eine Forderung, die neben einigen anderen ebenso wichtigen Forderungen bei den jetzigen Verhandlungen durchgesetzt werden soll.

MEHR URLAUB

Eine weitere Forderung ist die Änderung der Urlaubsregelung, die vorsieht, daß alle Sonn- und Feiertage im Verlauf des Urlaubs als Urlaubstage mitgerechnet werden. Die an Land beschäftigten kommen durchschnittlich im Jahr 1978 auf 135 Urlaubstage, zählen wir zum Durchschnittsjahresurlaub von 20 Tagen die Samstage, Sonn- und Feiertage hinzu. Der Seemann hat dagegen nur 104 Tage Urlaub im Jahr.



Reeder sagen nein

Der Verband deutscher Reeder wehrt sich - wie üblich - gegen diese Forderungen und meint, sie seien unbegründet. Er führt so zum Beispiel an, daß der Betrieb auf einem Schiff nicht gleichzusetzen sei mit einem Bürobetrieb. Doch läuft die Diskussion dabei nur auf die alte Argumentation hinaus:

Verkürzte Arbeitszeit, mehr Urlaub, mehr Entgelt für Arbeit an Sonn- und Feiertagen = mehr personalabhängige Kosten

Er führt weiter an, daß wir zur Zeit in einer gespannten Wirtschaftslage leben, in der man sich keine weiteren Kosten leisten könne, und meint, mit solchen Argumenten die Seeleute von ihren berechtigten Forderungen abbringen zu können bzw. sie an der Durchsetzung dieser Forderungen zu hindern.

Am 17. März 1977 beschloss die Bundesregierung den Plan eines sogenannten Schiffbauförderungsprogramms in Höhe von 230 Mio. DM. Danach bekäme ein Reeder als Zuschuss zur Neubausumme eines Schiffes anstelle von bisher 12,5% nunmehr 20%. Das würde 230 Mio. DM Steuergelder für die Reeder bedeuten, was rund 23% der Personalkosten in der bundesdeutschen Seeschifffahrt entsprechen würde. Es ist ein Skandal, daß Seeleute unter Bedingungen arbeiten müssen, die bei den Kollegen an Land vor ca. 15-20 Jahren geherrscht haben. Obwohl jede einzelne Reederei zur Neubausumme eines Schiffes 20% Investitionszulagen bekommt, sind die Herren Unternehmer nicht dazu bereit, eine wirkliche Lohn- und Arbeitsverbesserung, d.h. einen Lohn- und Arbeitsgleichstand zu befürworten.

Von einer Vertrauensfrau einer großen deutschen Reederei

BETRIEB ohne GEWERKSCHAFT

Ich arbeite in einem Betrieb, in dem die gewerkschaftlichen Entwicklungen fast spurlos vorüber gezogen sind. Der Betrieb hat eine Belegschaft von ca. 70 Arbeitskräften. Es sind von den 70 Arbeitskräften nach meiner Schätzung und Umfrage ca. 2-3 Kollegen in der Gewerkschaft, das sind 4,2%. Da kann man sich ja vorstellen wie es in so einem Betrieb zugeht, der überhaupt nicht organisiert ist. Man kann sich auch nicht während der Arbeitszeit etwas unterhalten, ohne daß der Chef oder Betriebsleiter auf die Uhr gucken. Da gehen die "Aufpasser" reihum wie im Gefängnis. Besonders wenn der Chef durch die Reihen geht, fühlt man den Klassenunterschied, und man sieht, was man in seinen Augen Wert ist, nämlich nichts. Uns Arbeiter muß man ja sehr für dumm verkaufen, wenn gesagt wird es gäbe keine Klassenunterschiede mehr, aber jeder von uns erlebt es täglich aufs neue wie es wirklich ist. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen, uns von oben herab behandeln zu lassen, schließlich sind die Ausbeuter von uns abhängig und nicht wir von denen.

Möchte man bei uns im Betrieb eine Lohnerhöhung haben, so wird man mit fadenscheinigen Argumenten abgewiesen, z.B. die Auftragslage sei schlecht. Ich frage mich dann bloß, warum Überstunden gemacht werden. Dabei ist allgemein bekannt, was für einen Gewinn sich die Arbeitgeber 1976 erarbeitet lassen haben. Und investiert zum Nutzen der Arbeiter wird bei uns nicht viel, fast nichts. Hier ein Beispiel:

Ein Kollege und ich mußten ca. 30-40kg schwere Kästen, mit Bohrern gefüllt, vom Boden auf einen 1m hohen Wagen heben. Da hätte uns doch ein Hebekran viel Arbeit abgenommen

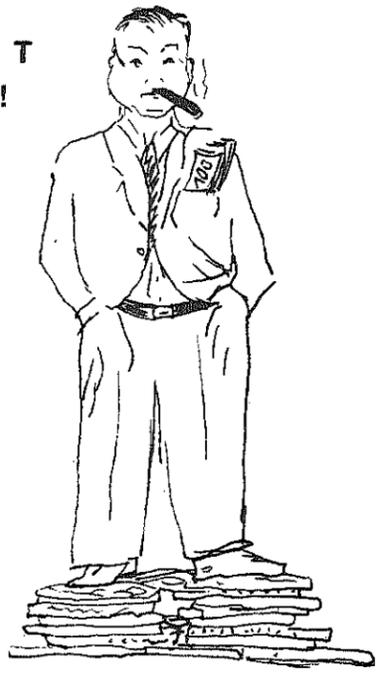
der dann auch erst viel später mit viel Selbstüberwindung vom Chef zum Nutzen und Erleichterung der Arbeit verwendet wurde. Es ist traurig, wenn man überlegt wie lange man auf diesen Kran verzichten mußte und wie viele Mercedesse für den Chef Vorrang hatten. Bei uns sagt auch kein Arbeiter etwas, weil sie Angst haben, bei der nächsten Bitte um Lohnerhöhung abgewiesen zu werden, also sagen sie zu allem Ja und Amen und stärken damit auch noch die uneingeschränkte Herrschaft des Ausbeuters. Diese Kollegen haben ein richtiges Untertanenbewußtsein. Sie verkaufen sich für ein paar Pfennig Lohnerhöhung an den Kapitalisten.

Ich finde, wenn diese Arbeiter den richtigen Weg erkennen, ist man dem Ziel aller Proletarier ein gutes Stück näher gekommen. Wenn alle Proletarier mit vereinter Macht gegen den Kapitalismus vorgehen ist es mit dem ausbeuterischen System auf unserem Arbeitsmarkt endgültig vorbei. Wir dürfen niemals vergessen, daß die Proletarier stärker sind als die Kapitalisten.

Andreas Baumgarten

SO MUSS ES NICHT SEIN!

Kollegen berichten aus der Arbeitswelt - und DU?



SEELEUTE INTERNATIONAL VEREINIGT

Die Seeleute waren neben den Hafnarbeitern, Schiffszimmerern, Maurern und Metallarbeitern die ersten, die erkannten, daß sie sich organisieren mußten, um ihre katastrophale soziale Lage zu verbessern. Erstmals legten 1872 deutsche Seeleute die Arbeit nieder, um eine Heuererhöhung von 14 auf 18 Taler durchzusetzen. Allerdings gab es noch keine gewerkschaftlichen Vereinigungen wie wir sie heute kennen. Im April 1886 bildete sich nach einer Versammlung in Altona der "Verein deutscher und ausländischer Seeleute". Man erkannte schon frühzeitig, daß die Reeder, die auch die Bosse der Hafnarbeiter waren, international handelten. Dies erforderte das internationale Handeln der Seeleute. Zur Gründung der ITF (Internationale Trans-

portarbeiterföderation) kam es 1896 in London anläßlich einer Konferenz von Delegierten von Gewerkschaften der Seeleute und Hafnarbeiter. 1904 wurde der Sitz der ITF nach Berlin verlegt. Die Mitgliederzahl nahm ständig zu und hatte bei Ausbruch des ersten Weltkrieges fast eine Million erreicht. 1919, in der Zwischenzeit auf drei Millionen angewachsen, wurde der Sitz der ITF nach Amsterdam verlegt. 1939 schließlich siedelte sie nach London über, wo sie sich auch heute noch befindet, mit über fünf Millionen Mitgliedern. Die ITF darf in aller Bescheidenheit behaupten, nicht nur die aktivste berufsbezogene internationale Gewerkschaftsorganisation zu sein, sondern auch jene, die sich mit größtem Erfolg für die Belange ihrer Mitglieder einsetzt.

Ein besonderer Höhepunkt internationaler gewerkschaftlicher Solidarität war die "Außen-seiter"-Aktion im Juni/Juli 1973. Hier zeigte sich, daß die internationale Solidarität der Gewerkschaften in der Lage war, bundesdeutsche Reeder in ihre Schranken zu verweisen. Außerdem stellten sich die in der ITF organisierten Gewerkschaften das Ziel, alle Schiffe unter billiger Flagge in ITF-Verträgen zu zwingen. Dabei kam es zu gewerkschaftlichen Kampfaktionen. Man erkämpfte insgesamt 6 Mio. DM Heuernachzahlungen. Bisher konnten über 1000 vertragslose Schiffe unter ITF-Vertrag genommen werden.

In der Regel sind Schattenflaggen-Schiffe mit nicht qualifizierten (keine Patente) Seeleuten besetzt, die Sicherheitseinrichtungen auf diesen Schiffen entsprechen in keinster Weise den Vorschriften der Seeberufsgenossenschaft. Die Lebensbedingungen gleichen menschenunwürdigen, skandalösen Verhältnissen (Besatzungsmitglieder wurden mit Unterernährung und Unterkühlung ins Krankenhaus eingeliefert).

So auch auf den Schiffen Eurymachus und Eurytion, wo am 2.6.75 die philippinischen Seeleute die Arbeit wegen solchen Bedingungen und Sklavenheuern niederlegten. Die Maßnahmen der Reederei und des Kapitäns waren drakonisch. Man sperrte die Besatzungen von der Verpflegung aus. Dies provozierte die Solidarität der deutschen Seeleute und ihrer Gewerkschaft. Die Hafen-Rast rollte mit Verpflegungswagen an, Seebetriebsräte brachten Obst, Frischgemüse und andere Lebensmittel an Bord. Trotz massiven Drucks seitens des Unternehmens und des philippinischen Konsuls führten die Seeleute ihren Streik erfolgreich zu Ende. Am 6.6.1975 mußte der Reeder bevollmächtigt mit der ÖTV (als Vertretung der ITF) die beiden Schiffe ITF-Verträge unterzeichnen, die für eine 300% Heuererhöhung sorgten.

Dies war nur eine Aktion von vielen, die die ÖTV im Auftrage der ITF in Hamburg durchgeführt hat. Dabei wurde immerhin die stattliche Summe von 600 000 DM erkämpft. Derselbe Aktion finden nicht nur in der BRD statt, sondern auch zum Beispiel in Schweden, Finnland, Norwegen, Dänemark, Großbritannien, Irland, Australien, Belgien, Frankreich, Niederlande und Neuseeland und vielen weiteren Ländern.

Der Kampf gegen Billigflaggen trägt auch zur Arbeitsplatzsicherung bei, denn bei gleicher Heuer für alle Seeleute erinnert sich der Reeder auch wieder an den bundesdeutschen Seemann.

Dies war auch das Anliegen des Hamburger ÖTV-Gewerkschaftstages 1976, auf dem beschlossen wurde, daß in Zukunft verstärkte Schiffe unter billiger Flagge durch Seeleute bestreikt und von Hafnarbeitern boykottiert werden sollen.

Das Ausflagen hindert den Seemann daran, berechnete Heuerforderungen durchzusetzen, und gefährdet, wie aufgezeigt, die Arbeitsplätze. Darüber hinaus bringt die Besetzung der Schiffe sowohl quantitativ als auch qualitativ, sowie die Schiffe selbst durch ihre mangelnden Sicherheitseinrichtungen, eine große Gefahr für die Küsten der Weltmeere mit sich. Jeden Tag lesen wir in den Zeitungen von Schiffsunfällen und ihren spektakulären Folgeerscheinungen für die Küste und deren Bewohner. Deshalb ist es verständlich und erforderlich, daß dieses Thema derzeit allgemein diskutiert wird.

Die Regierungen dieser Welt sind nicht imstande, hier eine brauchbare Lösung anzubieten. Es wird daher noch längere Zeit die Aufgabe der ITF und der in ihr organisierten Gewerkschaften bleiben, durch gewerkschaftliche Kampfaktionen die Interessen ihrer Mitglieder wirksam zu vertreten.

VON EINEM ÖTV-KOLLEGEN AUS DEM HAMBURGER HAFEN

-VORAN- Broschüre

SOZIALISTISCHE BEWEGUNG WOHIN?

AUSSICHTEN FÜR DIE BRD

Diese Broschüre ist ein Versuch die politische Position der Redaktion VORAN zusammenzufassen. Sie enthält Kapitel über: Bürgerliche Parteien, Gewerkschaften, SPD, KPD, Faschismus, DKP+Sekten, DDR usw. Bestellungen zum Preise von 1,50DM+Porto(bis 2 Ex. 50 Pf., darüber 1,20 DM) bitte an: VORAN, Hammesbergerstr. 75, 5630 Remscheid. Lieferung nach Überweisung auf Psch. Kto. Essen 170 - 20 - 433 Hans-Gerd Öfinger.



Preis 1,50 DM + Porto

VORAN

F&G VERLAGERT PRODUKTION

VORAN sprach mit einem aktiven Gewerkschafter

"VORAN"-Gespräch mit einem gewerkschaftlich organisierten Kollegen aus dem Arolser Zweigwerk des Felten & Guillaume-Konzerns

VORAN: Du bist aktiver Gewerkschafter im Arolser Werk von Felten & Guillaume. Um was für einen Betrieb handelt es sich hier?

Das Arolser Werk des Konzerns isoliert Lackdrähte für die Elektroindustrie. Wir sind Teil der national wie international eng verflochtenen Elektroindustrie. Die Geschäftspolitik des Konzerns wird maßgeblich durch Philips bestimmt. Philips besitzt über 30% des F & G Kapitals.

VORAN: Wir erleben gegenwärtig die schärfste Krise der kapitalistischen Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg mit einer offiziellen Arbeitslosigkeit, die sich um die Million bewegt. Wie wirkt sich die Krise bei euch im Betrieb aus?

Von der Krise betroffen sind einige Werke des Konzerns, vor allem das Werk in Köln-Mülheim. Das ist auch darauf zurückzuführen, daß der größte Auftraggeber für Kabel, die Bundespost, in den letzten Jahren zurückhaltender bestellt hat. Hier in Arolsen geht es mal besser, mal schlechter. Kurzarbeit wurde oft angekündigt, aber bislang nie durchgeführt, denn die Auftragslage war immer so, daß wir immer 75% Kapazitätsauslastung hatten. Wie ihr wißt, kann der Konzern erst unter 70% Produktionsauslastung Kurzarbeit anmelden.

Ihr habt sicherlich gelesen, daß im Konzern von Produktionsverlagerungen von Köln nach Arolsen gesprochen wird. Es stimmt, daß diese Produktionsverlagerungen geplant sind, bis jetzt sind sie aber noch nicht durchgeführt worden. Der Betriebsrat der Kölner Kollegen hat mit Recht darauf hingewiesen, daß durch

diese Maßnahme weitere hundert Kollegen ihre Arbeitsplätze verlieren würden, und das nachdem schon 1000 Kollegen von den Bossen in Köln auf die Straße geworfen worden sind. Der Betriebsrat in Köln verlangt für die 1000 Kollegen vom Konzern gleichwertige neue Arbeitsplätze, falls die Produktion tatsächlich nach Arolsen verlegt werden sollte. Man soll sich aber darüber im klaren sein, daß letztlich der Konzern seinen Willen durchsetzen wird und die Verlagerung durchgeführt wird.

VORAN: Aus welchen Gründen will der Konzern die Produktion teilweise von Köln nach Arolsen verlegen?

Bei der Abteilung, die aus Köln abgezogen werden soll, handelt es sich um die Spinnerei. Der Konzern schiebt nun natürlich technische Gründe vor, es wird gesagt, daß diese Abteilung eigentlich sowieso eher zum Arolser Werk gehöre. Dahinter steht natürlich wie immer das Streben nach möglichst hohen Profiten. Wir müssen davon ausgehen, daß die Löhne hier im strukturschwachen Gebiet Nordhessens erheblich niedriger sind als in den industriellen Ballungsgebieten, dazu kommen noch steuerliche Vergünstigungen, die Betriebe hier genießen. Des weiteren muß man - glaube ich - auch sehen, daß die Arbeiter in den strukturschwachen Regionen noch nicht die Kampf Erfahrungen ihrer Kollegen z. B. im Ruhrgebiet haben, auch hier ergeben sich für die Bosse sicherlich Vorteile.

Allerdings versuchen die Bosse gegenwärtig überall aus den Arbeitern das Letzte herauszuholen. Das ist für die Unternehmer gerade in der Krise nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft das Gebot der Stunde.

VORAN: Du hast bereits darauf hingewiesen, daß dieses Zweigwerk des F & G Konzerns in einem der strukturschwachen Gebiete Nordhessens liegt. Dieses Werk hat für die Stadt

Arolsen eine große Bedeutung, weil F&G der größte Industriebetrieb hier ist, in dem ca. 300 Arbeiter ihren Lebensunterhalt verdienen. Sind diese für unser Gebiet so wichtigen Arbeitsplätze auf die Dauer sicher?

Ich glaube nicht, daß auf die Dauer gesehen, die Arbeitsplätze hier im Zweigwerk gesichert sind, zumal wenn man weiß, wie es heute in den Großkonzernen gehandhabt wird. Solange in den Betrieben mit Gewinn gearbeitet wird, ist die Sache wohl in Ordnung. Wenn

es aber nicht mehr so gut läuft, wenn aufgrund der Konjunkturschwankungen der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr so viele Aufträge hereinkommen, dann ist man schnell beim Schließen der Firma.

Die Auswirkungen einer Werksstilllegung in Arolsen wären verheerend, weil ein Großteil der Kollegen, die heute hier im Werk arbeiten, aufgrund ihres Alters in diesem Wirtschaftssystem nicht mehr auf neue Arbeitsplätze vermittelt werden können. Jüngere Kollegen müßten den Landkreis Waldeck-Frankenberg verlassen.



VORAN: Du hast gerade die DGB-Jugend erwähnt. Wie sieht es mit der gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb aus?

Der jetzige Betriebsrat schöpft noch nicht einmal die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes aus. Die Voraussetzungen für eine aktive Gewerkschaftspolitik sind zum Teil durchaus da, wenn du bedenkst, daß wir im Betrieb je nach Abteilung einen gewerkschaftlichen Organisationsgrad zwischen 70 und 95% haben, dabei ist allerdings auch die DAG neben der hauptsächlich vertretenen IGM mitgezählt. Ich möchte hier auch mal kritisch bemerken, daß sich die Gewerkschaften sehr um die Großbetriebe mit über 1000 Beschäftigten kümmern, aber nur sehr wenig um die kleineren und mittleren Betriebe bis zu 1000 Beschäftigten. Auch im Ortskartell des DGB läuft schon seit Jahren keine Arbeit mehr.

Ortskartell und der DGB müssen sich intensiver um kleinere Betriebe kümmern. Dazu muß aber auch das Ortskartell personell verjüngt werden. Junge, frische Kräfte mit neuen Ideen und Energie müssen aktiv werden. Jüngere Kollegen können aber nur dann für die gewerkschaftliche Arbeit interessiert werden, wenn seitens der Gewerkschaftsfunktionäre tatsächlich gute Arbeit geleistet wird. Diese Funktionäre müssen ein Vorbild sein. Sie müssen ständig den Kontakt mit den einfachen Kollegen am Arbeitsplatz suchen und sich bemühen, die Interessen der Kollegen durch eine konsequente Interessenvertretung durchzusetzen. Durch eine solche Politik könnten in Zukunft junge Gewerkschafter herangezogen werden.

VORAN: Was erwartest du als Arbeitnehmer von der SPD?

Wir als Arbeitnehmer erwarten von unserer Partei, der SPD, daß sie Politik für diejenigen macht, die sie gewählt haben und sie seit Jahren Monat für Monat, Tag für Tag für diese Partei arbeiten, d. h. wir erwarten eine Politik, die sich an den Interessen der Arbeitnehmer ausrichtet und nicht an den Interessen der Multis. Es wird höchste Zeit, daß sich die SPD geführte Bundesregierung umorientiert: Weg von der die Konzerne begünstigenden Steuerpolitik und der die Arbeitnehmer schädigenden Rentenpolitik; hin zu einer Politik, die den Abbau der Arbeitslosenzahl ermöglicht. Das ist das wichtigste Problem, das wir Arbeiter gegenwärtig haben. Die SPD-Führung muß sich entscheiden. Entweder sie vertritt die Interessen der Arbeiter oder die der Bosse. Die SPD soll sich dafür einsetzen, daß die Einflußmöglichkeiten der arbeitenden Bevölkerung auf Staat und Wirtschaft vergrößert werden, dann würden die Arbeiter schon selbst für Vollbeschäftigung sorgen.

VORAN: Wie du weißt, wendet sich "Vorran" an aktive Gewerkschafter, SPD und Jusos. Wie beurteilst du die Arbeit der Jusos? Worin sollten die Jusos den Schwerpunkt ihrer Arbeit in den nächsten Jahren sehen?

Die Jusos sollten sich schwerpunktmäßig an den Interessen der Arbeiter orientieren. Das heißt konkret, sie sollten sich einsetzen für den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Jusos sollten - wie hier am Ort - eng mit den Arbeitnehmern und insbesondere mit gewerkschaftlichen Vertrauensleuten zusammenarbeiten. Sie sollten mehr Informations- und Aufklärungsaktionen zur wirtschaftlichen Lage durchführen und schließlich sollten sie den Arbeitnehmern helfen, mehr Selbstvertrauen in die eigene Kraft zu gewinnen.

Frischer Wind -- (Fortsetzung)

jedoch aus dem Mund von Gewerkschaftsführern schon stärkere Worte. Leonhard Mahlein von der IG Druck und Papier stellte fest, es sei tagtäglich bewiesen, daß die der Presse zugeordnete öffentliche Aufgabe mit dem Gewinnstreben privatwirtschaftlich strukturierter Zeitungs- und Zeitschriftenverlage nicht vereinbar sei. In einer Entschließung seines Hauptvorstandes war dementsprechend die Rede von "anderen Eigentumsformen" wie zum Beispiel Sozialisierung von marktbeherrschenden Presseunternehmen. Und auch der IG-Metall-Vorsitzende Loderer drohte damit, die "Diskussion über die Vergesellschaftung mit größerem Nachdruck zu führen", wurde jedoch nicht konkreter.

IG Metall Opposition stärker

Am wichtigsten unter allen Gewerkschaftskongressen war aber zweifellos der Gewerkschaftstag der IG Metall in Düsseldorf. Er stand im Zeichen einer regeren Beteiligung und einer klaren Oppositionshaltung vieler Delegierter gegen den Gewerkschaftsvorstand. Die wirklichen Aktivisten der Gewerkschaft an der Basis, die Vertrauensleute und kleinen Funktionäre, haben allzu oft mit zusehen müssen, wie die eigene Führung den Bossen gegenüber zu kompromißbereit und zu sehr vom wirklichen Leben der einfachen Arbeiter abgehoben ist. Sie haben beispielsweise auch in der letzten Tarifrunde "Prügel" von den Kollegen in ihrer Abteilung einstecken müssen, als die Basis in vielen Fällen 12, 15 oder noch mehr Prozente forderte und schließlich weniger als 7% übriggeblieben sind. Diese Prügel haben sie jetzt weitergegeben.

In wichtigen Abstimmungen mußte so der Vorstand eine Niederlage einstecken. Von Abstimmung zu Abstimmung stieg die Zufriedenheit und Begeisterung der Mehrzahl der Delegierten spürbar an. Der persönliche Referent und Lieblingskandidat Eugen Loderer fiel bei der Vorstandswahl durch. Es wurde deutlich, daß die Delegierten nicht mehr bereit sind, das einfach zu essen, was ihnen vom Vorstand vorgekauft wird.

Was dieser Gewerkschaftstag klar zum Ausdruck brachte, war eine weit verbreitete Protesthaltung gegen Zentrale und Vorstand, die aber noch keine klare Zielrichtung hat. Doch die Erneuerung des gesamten Gewerkschaftsapparates, die Auffrischung von der Basis her hat erst angefangen. Schon jetzt hat die Kapitalistenklasse Angst davor, daß die Gewerkschaften jegliche Zusammenarbeit mit dem Kapital ankündigen könnten.

Die "Frankfurter Allgemeine" hat wohl erkannt, daß auch Eugen Loderer nicht umhin kam, die veränderte Stimmung an der Basis zu berücksichtigen: "Seit langem hat ein Gewerkschaftsführer nicht mehr so viel Gift und Galle ausgespuckt wie Eugen Loderer... Loderer beschimpft und verunglimpft die Unternehmer in einer bisher eigentlich nur von extremen Linken gekannten Manier". Diese Furcht der herrschenden Klasse ist, im richtigen Licht betrachtet, nicht unbegründet. In den 50er und 60er Jahren konnte schon der wirtschaftliche Aufschwung garantieren, daß die Löhne von Jahr zu Jahr stiegen, ohne daß sich die Gewerkschaftsführer sonderlich anzustrengen brauchten. Diese Zeiten sind vorüber. Das Kapital versucht jetzt, an allen Ecken und Enden die Zugeständnisse der Nachkriegszeit wieder abzubauen. Die Arbeiterbewegung kann dem nur entgegenreten durch starke, kämpferische, und demokratische Gewerk-

schaften mit einer klaren und entschlossenen Führung an der Spitze, die konsequent für die Forderungen der Mitgliedschaft mobilisiert. Und genau darum wird es in den nächsten Jahren gehen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist potentiell die stärkste und mächtigste Kraft in der Gesellschaft. Ihre Kraft, konzentriert und koordiniert in die Waagschale geworfen, würde ausreichen, das Kapital für immer und alle Zeiten zu entmachten. Jeder aktive Gewerkschafter

Helft durch Spenden!

Es ist jetzt fast ein Jahr her, daß VORAN zu Spenden aufgerufen hat. Seitdem haben wir viele kleinere und mehrere größere Summen

erhalten, die alle dazu dienen, unsere Zeitung aufzubauen, zu verbessern, zu erweitern. Wir wissen, daß es gerade vielen unserer Leser nicht leicht fällt, etwas zu entbehren, doch jede Spende zählt für uns. Gerade jetzt, wo wir von einer Rezession in die nächste taumeln, gerade jetzt brauchen wir eine starke marxistische Zeitung. DARUM - SPENDET FÜR VORAN!

SPENDENKONTO: Postscheckkonto Angela Bankert
Postscheckamt Essen, Nr. 242250432

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto H. G. Offener, Postscheckamt Essen, Nr. 17020432 überwiesen.
(Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorran" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75